



Ausschreibungen von Arbeiten und Leistungen

Stadtbetrieb Zentrale Dienste

Vergabeart: **Öffentliche Ausschreibung (VOL)**
Es sollen vergeben werden: **Gebäudereinigung, Kitas Höherweg/Sterntalerweg/Gerresheimer Landstraße.** Umfang der Leistung: Gebäudeunterhaltsreinigung der Kindertagesstätten, jährliche Reinigungsfläche: Höherweg 6: 160.335,18 qm; Sterntalerweg 50: 151.259,28 qm; Gerresheimer Landstraße 91: 119.267,10 qm. Ausführungs- und Lieferfrist: 02. Juli 2012 bis 30. Juni 2016. Sicherheitsleistungen: keine. Nebenangebote sind nicht zugelassen. Ausgabe der Angebotsvordrucke ab: 23.04.2012. Ausgabe bis: 04.05.2012. Druckkosten: 16,- Euro (Druckkosten werden nicht erstattet). Bei dieser Ausschreibung besteht die Möglichkeit zur rechtsverbindlichen Angebotsabgabe über das Internet. Weitere Informationen hierzu finden Sie auf der Ausschreibungsseite Bauverwaltungsamt unter Ausschreibungen online. Eröffnung der Angebote: 11.05.2012 um 10:00 Uhr. Zuschlags- und Bindefrist: 15.06.2012. Referenzen sind dem Angebot gemäß den Vergabeunterlagen beizufügen.

Vergabeart: **Öffentliche Ausschreibung (VOL)**
Es sollen vergeben werden: **Gebäudereinigung, Kitas Kanonierstraße/Hans-Böckler-Straße/Altstadt.** Umfang der Leistung: Gebäudeunterhaltsreinigung der Kindertagesstätten, jährliche Reinigungsfläche: Kanonierstraße 30: 95.191,62 qm; Hans-Böckler-Straße 34: 148.813,01 qm; Altstadt 9: 87.280,92 qm. Ausführungs- und Lieferfrist: 02. Juli 2012 bis 30. Juni 2016. Sicherheitsleistungen: keine. Nebenangebote sind nicht zugelassen. Ausgabe der Angebotsvordrucke ab: 23.04.2012. Ausgabe bis: 04.05.2012. Druckkosten: 16,- Euro (Druckkosten werden nicht erstattet). Bei dieser Ausschreibung besteht die Möglichkeit zur rechtsverbindlichen Angebotsabgabe über das Internet. Weitere Informationen hierzu finden Sie auf der Ausschreibungsseite Bauverwaltungsamt unter Ausschreibungen online. Eröffnung der Angebote: 11.05.2012 um 10:30 Uhr. Zuschlags- und Bindefrist: 15.06.2012. Referenzen sind dem Angebot gemäß den Vergabeunterlagen beizufügen.

Vergabeart: **Öffentliche Ausschreibung (VOL)**
Es sollen vergeben werden: **Gebäudereinigung, Kitas Angeraue/Am Litzgraben/Heinrich-Holtschneider-Weg.** Umfang der Leistung: Gebäudeunterhaltsreinigung der Kindertagesstätten, jährliche Reinigungsfläche: Angeraue 3: 133.667,58 qm; Am Litzgraben 28: 41.826,60 qm; Heinrich-Holtschneider-Weg 20: 186.602,28 qm. Ausführungs- und Lieferfrist: 02. Juli 2012 bis 30. Juni 2016. Sicherheitsleistungen: keine. Nebenangebote sind nicht zugelassen. Ausgabe der Angebotsvordrucke ab: 23.04.2012. Ausgabe bis: 04.05.2012. Druckkosten: 16,- Euro

(Druckkosten werden nicht erstattet). Bei dieser Ausschreibung besteht die Möglichkeit zur rechtsverbindlichen Angebotsabgabe über das Internet. Weitere Informationen hierzu finden Sie auf der Ausschreibungsseite Bauverwaltungsamt unter Ausschreibungen online. Eröffnung der Angebote: 11.05.2012 um 11:00 Uhr. Zuschlags- und Bindefrist: 15.06.2012. Referenzen sind dem Angebot gemäß den Vergabeunterlagen beizufügen.

Vergabeart: **Öffentliche Ausschreibung (VOL)**
Es sollen vergeben werden: **Gebäudereinigung, Kitas Klosterstraße/Borsigstraße/Himmelgeister Straße.** Umfang der Leistung: Gebäudeunterhaltsreinigung der Kindertagesstätten, jährliche Reinigungsfläche: Klosterstraße 96: 139.011,60 qm; Borsigstraße 13: 53.070,84 qm; Himmelgeister Straße 236: 137.372,52 qm. Ausführungs- und Lieferfrist: 02. Juli 2012 bis 30. Juni 2016. Sicherheitsleistungen: keine. Nebenangebote sind nicht zugelassen. Ausgabe der Angebotsvordrucke ab: 23.04.2012. Ausgabe bis: 04.05.2012. Druckkosten: 16,- Euro (Druckkosten werden nicht erstattet). Bei dieser Ausschreibung besteht die Möglichkeit zur rechtsverbindlichen Angebotsabgabe über das Internet. Weitere Informationen hierzu finden Sie auf der Ausschreibungsseite Bauverwaltungsamt unter Ausschreibungen online. Eröffnung der Angebote: 11.05.2012 um 11:30 Uhr. Zuschlags- und Bindefrist: 15.06.2012. Referenzen sind dem Angebot gemäß den Vergabeunterlagen beizufügen.

Vergabeart: **Öffentliche Ausschreibung (VOL)**
Es sollen vergeben werden: **Gebäudereinigung, Kitas Otto-Braun-Straße/Stettiner Straße/Wittenberger Weg.** Umfang der Leistung: Gebäudeunterhaltsreinigung der Kindertagesstätten, jährliche Reinigungsfläche: Otto-Braun-Straße 20: 83.258,76 qm; Stettiner Straße 32: 180.742,92 qm; Wittenberger Weg 44: 141.302,40 qm. Ausführungs- und Lieferfrist: 02. Juli 2012 bis 30. Juni 2016. Sicherheitsleistungen: keine. Nebenangebote sind nicht zugelassen. Ausgabe der Angebotsvordrucke ab: 23.04.2012. Ausgabe bis: 04.05.2012. Druckkosten: 16,- Euro (Druckkosten werden nicht erstattet). Bei dieser Ausschreibung besteht die Möglichkeit zur rechtsverbindlichen Angebotsabgabe über das Internet. Weitere Informationen hierzu finden Sie auf der Ausschreibungsseite Bauverwaltungsamt unter Ausschreibungen online. Eröffnung der Angebote: 11.05.2012 um 12:00 Uhr. Zuschlags- und Bindefrist: 15.06.2012. Referenzen sind dem Angebot gemäß den Vergabeunterlagen beizufügen.

Vergabeart: **Öffentliche Ausschreibung (VOL)**
Es sollen vergeben werden: **Gebäudereinigung,**

Kitas Lippestraße/Viehfahrtsweg/Weberstraße. Umfang der Leistung: Gebäudeunterhaltsreinigung der Kindertagesstätten, jährliche Reinigungsfläche: Lippestraße 5: 121.101,66 qm; Viehfahrtsweg 2: 179.599,48 qm; Weberstraße 15: 152.500,20 qm. Ausführungs- und Lieferfrist: 02. Juli 2012 bis 30. Juni 2016. Sicherheitsleistungen: keine. Nebenangebote sind nicht zugelassen. Ausgabe der Angebotsvordrucke ab: 23.04.2012. Ausgabe bis: 04.05.2012. Druckkosten: 16,- Euro (Druckkosten werden nicht erstattet). Bei dieser Ausschreibung besteht die Möglichkeit zur rechtsverbindlichen Angebotsabgabe über das Internet. Weitere Informationen hierzu finden Sie auf der Ausschreibungsseite Bauverwaltungsamt unter Ausschreibungen online. Eröffnung der Angebote: 11.05.2012 um 12:30 Uhr. Zuschlags- und Bindefrist: 15.06.2012. Referenzen sind dem Angebot gemäß den Vergabeunterlagen beizufügen.

Vergabeart: **Öffentliche Ausschreibung (VOL)**
Es sollen vergeben werden: **Druck der VHS-Gesamtpläne 2013.** Umfang der Leistung: Druck der Volkshochschulpläne und Sonderprogramme 2013/I und 2013/II für die Volkshochschule der Landeshauptstadt Düsseldorf; verschiedene Lieferadressen. Ausführungs- und Lieferfrist: 18. Juni 2012 bis 14. Juni 2013. Sicherheitsleistungen: keine. Nebenangebote sind nicht zugelassen. Ausgabe der Angebotsvordrucke ab: 23.04.2012. Ausgabe bis: 07.05.2012. Druckkosten: 0,- Euro. Bei dieser Ausschreibung besteht die Möglichkeit zur rechtsverbindlichen Angebotsabgabe über das Internet. Weitere Informationen hierzu finden Sie auf der Ausschreibungsseite Bauverwaltungsamt unter Ausschreibungen online. Eröffnung der Angebote: 14.05.2012 um 10:00 Uhr. Zuschlags- und Bindefrist: 15.06.2012. Referenzen sind dem Angebot gemäß den Vergabeunterlagen beizufügen.

Amt für Gebäudemanagement

Vergabeart: **Öffentliche Ausschreibung (VOB)**
Es sollen vergeben werden: **MSR-Gebäudeautomation, Kita + JFE Marc-Chagall-Straße.** Umfang der Leistung: 2 St Automatisierungsstationen, 2 St DDC-Programmierung, 17 St Anlagentemperaturfühler, 13 St Koppelrelais 1-stufig, 2080 lfdm Kabelleitungen, 1 St GA-Aufschaltung, 32 St Raumfühler. Ausführungs-/Lieferzeit: 25. Juni 2012 bis 27. November 2012. Nebenangebote sind zugelassen. Sicherheiten: keine. Ausgabe ab: 23.04.2012. Ausgabe bis: 08.05.2012. Druckkosten: 11,- Euro (Druckkosten werden nicht erstattet). Eröffnung der Angebote: 15.05.2012 um 11:00 Uhr. Zuschlags- und Bindefrist: 19.06.2012. Referenzen sind dem Angebot gemäß den §§ 6 und 6a VOB/A und den Vergabeunterlagen beizufügen.

Vergabeart: **Öffentliche Ausschreibung (VOB)**
 Es sollen vergeben werden: **Malerarbeiten und Wärmedämmverbundsystem, Schule Sieg-burger Straße.** Umfang der Leistung: 16000 qm Anstrich Wandflächen auf verschiedenen Untergründen inkl. vorbereitender Arbeiten, ca. 3000 qm Anstrich Deckenflächen auf verschiedenen Untergründen inkl. vorbereitender Arbeiten, 500 qm WDVS, 160 St Beschichtung Stahlzargen, die Ausführung der Leistungen erfolgt aufgeteilt in 2 Bauabschnitte. Ausführungs-/Lieferzeit: 25. Kalenderwoche 2012 bis 50. Kalenderwoche 2013. Nebenangebote sind nicht zugelassen. Sicherheiten: 3 % der Auftragssumme für die Ausführung und die Mängelansprüche. Ausgabe ab: 23.04.2012. Ausgabe bis: 08.05.2012. Druckkosten: 17,- Euro (Druckkosten werden nicht erstattet). Eröffnung der Angebote: 15.05.2012 um 10:30 Uhr. Zuschlags- und Bindefrist: 19.06.2012. Referenzen sind dem Angebot gemäß den Vergabeunterlagen beizufügen.

■

Amt für Verkehrsmanagement

Vergabeart: **Öffentliche Ausschreibung (VOB)**
 Es sollen vergeben werden: **Kanalbauarbeiten im Bereich Landskrone, TP 30, Kö-Bogen.** Umfang der Leistung: 2 Einstiegschächte DN 1000 rückstausicher, ca. 25 m Kanal Ei 800/1200 Stahlbeton, 1 Verbindungsmanschette, 1 Kurvenbauwerk, 1 Anschlussbauwerk; zum Leistungsumfang zählen auch Erdarbeiten und Verbauarbeiten, sowie die technische Bearbeitung für alle auszuführenden Arbeiten. Ausführungs-/Lieferzeit: August 2012 bis November 2012. Nebenangebote sind nicht zugelassen. Sicherheiten: 5 % der Auftragssumme für die Ausführung und 3 % der Abrechnungssumme für die Mängelansprüche. Ausgabe ab: 23.04.2012. Ausgabe bis: 09.05.2012. Druckkosten: 25,- Euro (Druckkosten werden nicht erstattet). Eröffnung der Angebote: 16.05.2012 um 10:00 Uhr. Zuschlags- und Bindefrist: 28.06.2012. Referenzen sind dem Angebot gemäß den Vergabeunterlagen beizufügen.

■

Vergabeart: **Offenes Verfahren (VOB)**
 Es sollen vergeben werden: **Tunnelbau- und Infrastrukturmaßnahmen, TP 12 Lärmschutz, Kö-Bogen.** Gesamtmenge bzw. -umfang: Lärmschutzverkleidungen für Rampenwände, Tunnelwände und Tunneldecken. Lärmschutzverkleidung aus gelochten Aluminiumkassetten mit Dämmplatten aus Mineralfaser auf einer Edelstahl-Unterkonstruktion; Lärmschutzverkleidung von ca. 3.200 qm Wand- und Deckenflächen; ca. 520 m Blechverkleidung von Rampenbrüstungen. Keine Lose. Keine Optionen. Varianten/Alternativangebote sind nicht zulässig. Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung: Dauer in Monaten: 12. Ausgabe der Unterlagen ab: 23.04.2012. Ausgabe bis: 22.05.2012. Es entstehen Druckkosten in Höhe von 30,- Euro (Druckkosten werden nicht erstattet). Schlussstermin für den Eingang der Angebote: 29.05.2012 um 10:00 Uhr. Zuschlags- und Bindefrist: 04.08.2012. Geforderte Kauttionen und Sicherheiten: 5 % der Netto-Auftragssumme als Sicherheit für die Vertragserfüllung, 3 % der Netto-Abrechnungssumme als Sicherheit für Mängelansprüche. Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: Gemäß den Besonderen Vertragsbedingungen

des AG. Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter. Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister; Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: a) Vorlage eines aktuellen Auszugs (nicht älter als drei Monate zum bekannt gemachten Zeitpunkt des Eröffnungstermins) aus dem Handelsregister oder Berufsregister (Handwerksrolle, Verzeichnis der Handwerkskammer, Register der IHK) des Sitzes oder Wohnsitzes der Bieter; für Bieter, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, eine entsprechende Bescheinigung des Berufsregisters ihres Herkunftslandes. b) Erklärung der Bieter, dass aa) sie selbst oder eine nach Satzung oder Gesetz vertretungsberechtigte Person ihres Unternehmens nicht nach – § 8 Abs. 1 Nr. 2, §§ 9 bis 11 SchwArbG, – § 404 Abs. 1 oder 2 Nr. 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch, – §§ 15, 15a, 16 Abs. 1, 1b oder 2 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, – § 266a Abs. 1 bis 4 des Strafgesetzbuches zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als neunzig Tagessätzen verurteilt oder mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro belegt worden sind, bb) kein Einzelfall bekannt ist, in dem auch schon vor der Durchführung eines Straf- oder Bußgeldverfahrens angesichts der Beweislage kein vernünftiger Zweifel besteht, dass sie selbst oder eine nach Satzung oder Gesetz vertretungsberechtigte Person ihres Unternehmens eine der unter aa) genannten, schwerwiegenden Verfehlungen begangen hat, cc) sie nicht wegen eines Verstoßes nach § 23 AEntG mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro belegt worden sind, dd) kein Einzelfall bekannt ist, in dem auch schon vor Durchführung eines Bußgeldverfahrens angesichts der Beweislage kein vernünftiger Zweifel an einer schwerwiegenden Verfehlung im Sinne von cc) besteht. c) Nachweis der Anmeldung zur Berufsgenossenschaft; Bieter, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, können eine gleichwertige Bescheinigung des für sie zuständigen Versicherungsträgers vorlegen. d) Erklärung der Bieter, dass aa) über ihr Vermögen kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder der Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde, bb) sich das Unternehmen nicht in Liquidation befindet, cc) die verantwortlich mit dem Projekt befassten Personen keine schweren Verfehlungen begangen haben, hierzu zählen insbesondere die in § 6a Absatz 1 Nr. 1 VOB/A aufgeführten Tatbestände, dd) sie ihre Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt haben. e) Bestätigung des Versicherers über das Bestehen einer entsprechenden Betriebshaftpflichtversicherung. Der Auftraggeber behält sich vor, die Erklärungen der Bieter, die in die engere Wahl kommen, durch entsprechende Bescheinigungen der zuständigen Stellen bestätigen zu lassen. Bei fremdsprachlichen Bescheinigungen ist eine Übersetzung in deutscher Sprache beizufügen. Bei Angeboten einer Bietergemeinschaft sind die vorstehend aufgeführten Nachweise und Erklärungen für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft beizubringen. Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot

eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und ein bevollmächtigter Vertreter als Ansprechpartner genannt wird, und in der erklärt wird, - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt. Sofern sich ein Bieter oder eine Bietergemeinschaft zum Nachweis seiner/ihrer wirtschaftlichen und finanziellen und/oder technischen Leistungsfähigkeit nach Ziffern III.2.2 [der Veröffentlichung im Supplement zum Amtsblatt der EU] (Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit) und III.2.3 (Technische Leistungsfähigkeit) auf die Kapazitäten eines anderen Unternehmens beruft, hat er die vorstehend dargestellten Nachweise und Erklärungen auch für das betreffende Unternehmen vorzulegen. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit: Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Erklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren und den entsprechenden Umsatz, soweit er Leistungen der Schallschutzverkleidung und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung nach Art und Umfang vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils des Bieters bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen. Den Vergabeunterlagen ist hierfür ein Formblatt beigelegt. Bei Angeboten einer Bietergemeinschaft ist das entsprechende Formblatt 2 in den Vergabeunterlagen zu kopieren und von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft insoweit auszufüllen. Sofern sich ein Bieter oder eine Bietergemeinschaft zum Nachweis seiner/ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit nach Ziffer III.2.2 (Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit) auf die Kapazitäten eines anderen Unternehmens beruft, hat er die vorgenannte Erklärung über die Umsätze auch für dieses Unternehmen abzugeben. Der Auftraggeber wird von dem Bieter beziehungsweise der Bietergemeinschaft, die den Auftrag erhalten soll, die formlose Erklärung eines in der Europäischen Union zugelassenen Kreditinstitutes abfordern, wonach dieses Kreditinstitut im Falle des Vertragsabschlusses eine Vertragserfüllungsbürgschaft in Höhe von 5 % der Auftragssumme nach den Vorgaben von Ziffer 4.2 der Besonderen Vertragsbedingungen (s. Vergabeunterlage) übernehmen wird. Technische Leistungsfähigkeit; Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: a) Für folgende Leistungen sind maximal 3 vergleichbare Projekte im Hinblick auf Randbedingungen, Abmessungen und Projektgröße der letzten 15 Jahre zu benennen: Der Nachweis erfolgt jeweils auf Formblättern des Auftraggebers, die den Vergabeunterlagen beiliegen. (aa) Nachweis ausgeführter Projekte, bei denen der Bieter hauptverantwortlich tätig war: Schallschutzverkleidung von Straßentunneln oder vergleichbaren Bauwerken, siehe Formblatt 3.(a) in den Vergabeunterlagen. (bb) Nachweis ausgeführter Planungsleistungen: Ausführungsplanung für die Schallschutzverkleidung von Straßentunneln oder vergleichbaren Bauwerken, siehe Formblatt 3.(b) in den Vergabeunterlagen. b) Angaben des Bieters über die Gesamtzahl der beschäftigten Mitarbeiter und die Anzahl der beschäftigten Mitarbeiter im angebotsspezifischen Bereich (Metallbau, Blechverarbeitung), gegliedert nach Berufsgruppen (Angestellte, Gewerbliche), siehe Formblatt 2. c) Anzahl der Ingenieure/Techniker im Bereich der Planung, siehe Formblatt 2. Der Auftraggeber behält sich

vor, nach Angebotsabgabe von denjenigen Bietern, die in die engere Wahl kommen, unter strikter Beachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes Bescheinigungen über die berufliche Befähigung der für die Ausführung der Bauleistungen verantwortlichen Personen zu fordern. Der Bieter hat zu den von ihm in den Formblättern 3.(a) und 3.(b) genannten Referenzen einen Ansprechpartner beim jeweiligen Auftraggeber sowie eine entsprechende Telefonnummer dieses Ansprechpartners zu nennen. Der Auftraggeber wird bezüglich der Bieter, die in die engere Wahl kommen, bei den jeweils genannten Ansprechpartnern Erkundigungen über deren Art und Weise der Leistungserbringung, insbesondere deren Termintreue, einholen. Bei Angeboten von Bietergemeinschaften müssen die Angaben erkennen lassen, auf welches Mitglied der Bietergemeinschaft sich die jeweiligen Auskünfte beziehen. Das Formblatt 2 in den Vergabeunterlagen ist von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft auszufüllen. Sofern sich ein Bieter oder eine Bietergemeinschaft zum Nachweis seiner/ihrer technischen Leistungsfähigkeit nach Ziffer III.2.3 (Technische Leistungsfähigkeit) zur Ausführung des vorliegenden Auftrags auf die Fähigkeiten eines anderen Unternehmens berufen will, haben sie das entsprechende Formblatt 3.(a) und/oder 3.(b), das der von diesem Unternehmen zu übernehmenden Leistung entspricht, sowie das Formblatt 1 und die Angaben zur Anzahl der Mitarbeiter und der Anzahl der Ingenieure/Techniker im Formblatt 2 auch für dieses Unternehmen vorzulegen. Der Auftraggeber wird von den in der engeren Wahl befindlichen Bietern den Nachweis darüber verlangen, dass ihnen jeweils die für die Ausführung des Auftrages erforderlichen Mittel der Unternehmen, auf deren Leistungsfähigkeit sie sich berufen, tatsächlich zur Verfügung stehen. Bietergemeinschaften müssen die geforderten Referenzen insgesamt nur einmal pro Bietergemeinschaft und nicht pro Mitglied erbringen. Die Nachweise und Erklärungen sind Teil des Angebotes und mit dem Angebot zu erbringen. Sollten in einem Angebot Nachweise oder Erklärungen, zu denen auch Nachweise und Erklärungen zur Eignung gehören, fehlen, wird der Auftraggeber die Nachreichung der fehlenden Nachweise und/oder Erklärungen unter Fristsetzung fordern. Werden die fehlenden Nachweise und Erklärungen nicht innerhalb dieser Frist nachgereicht, wird das Angebot ausgeschlossen. Die Frist beginnt am Tage nach Absendung der Aufforderung durch den Auftraggeber. Den Zuschlag erhält das Angebot mit dem niedrigsten Preis. Sonstige Informationen: Bieter können für Fragen mit dem Auftraggeber schriftlich per Fax oder Post in Kontakt treten. Der Auftraggeber wird die Antworten ebenfalls schriftlich per Fax oder Post versenden. Fragen an den Auftraggeber können bis zum 22.05.2012 gestellt werden. Einlegung von Rechtsbehelfen, genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Nach § 101b Abs. 2 GWB endet die Frist, mit der die Unwirksamkeit eines Vertrages mit einem Nachprüfungsverfahren geltend gemacht werden kann, 30 Kalendertage ab Kenntnis des Verstoßes, der zur Unwirksamkeit des Vertrages führt, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss oder im Falle der Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union 30 Kalendertage nach dieser Veröffentlichung. Nach § 107 Abs. 3 Nr. 1 bis 4 GWB ist der Antrag auf Einleitung eines

Nachprüfungsverfahrens unzulässig, soweit der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat, Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Nähere Auskünfte sind erhältlich bei: Landeshauptstadt Düsseldorf, Der Oberbürgermeister, Amt für Verkehrsmanagement, 40200 Düsseldorf, Herr Weise, Tel.: +49(0)211/89-93984, Fax: +49(0)211/89-33984, andreas.weise@duesseldorf.de. Diese Veröffentlichung wurde redaktionell gekürzt, enthält aber alle maßgeblichen Inhalte der EU-weiten Veröffentlichung. Der komplette Veröffentlichungstext kann im Supplement zum Amtsblatt der EU unter http://simap.europa.eu/index_de.htm oder auf den Internet-Seiten der Stadt Düsseldorf: <http://www.duesseldorf.de/bauverwaltung/ausschreibung/vob/index.shtml> eingesehen oder beim Bauverwaltungsamt - Submissionsstelle - (Tel. 0211/89-96621 Frau Krapp) angefordert werden.



Vergabeart: **Öffentliche Ausschreibung (VOB)**

Es sollen vergeben werden: **Straßen-, Gleisbau- und Kabellleitungstiefbauarbeiten, Franziusstraße.** Umfang der Leistung: 700 cbm Erdarbeiten, 2900 qm Asphaltarbeiten, 1000 m Betonbordsteine setzen, 1400 qm Betonsteinpflaster, 54 m Gleise liefern und einbauen, 1 St Fahrleitungsmastfundament herstellen, 3000 m Kabelleerrohre verlegen. Ausführungs-/Lieferzeit: 04. Juni 2012 bis 12. Oktober 2012. Nebenangebote sind nicht zugelassen. Sicherheiten: 3 % der Auftragssumme für die Ausführung und die Mängelansprüche. Ausgabe ab: 23.04.2012. Ausgabe bis: 08.05.2012. Druckkosten: 27,- Euro (Druckkosten werden nicht erstattet). Eröffnung der Angebote: 15.05.2012 um 11:30 Uhr. Zuschlags- und Bindefrist: 04.06.2012. Referenzen sind dem Angebot gemäß den §§ 6 und 6a VOB/A beizufügen.



Vergabeart: **Verhandlungsverfahren mit Bekanntmachung (SektVO)**

Es sollen vergeben werden: **U-Bahnbau Wehrhahn-Linie, Gewerk Bodenbeläge.** Umfang der Leistung: Die insgesamt rund 3600 m lange unterirdische Stadtbahnstrecke der Wehrhahn-Linie umfasst 6 U-Bahnhöfe und 2 Oberflächenhaltestellen. Die sechs unterirdischen Bahnhöfe werden in Schlitzwand-Deckelbauweise hergestellt. Die beiden Oberflächenhaltestellen befinden sich im Süden (Haltestelle Bilk S) bzw. im Osten (Haltestelle Wehrhahn S) der Stadtbahnstrecke. Die unterirdische Strecke wird unter Einsatz einer Schildmaschine (Durchmesser ca. 9,50 m) auf einer Länge von ca. 2,3 km aufgeföhren. In Streckenmitte schließt die Wehrhahn-Linie von zwei verschiedenen Seiten an einen bereits bestehenden Stadtbahntunnel an. Östlich davon wird ein Gebäude

bergmännisch unterfahren. Die Rohbauarbeiten sind zurzeit in der Ausführungsphase. Parallel werden jetzt die Gewerke der technischen Ausrüstung des architektonischen Ausbaus inklusive der Bodenbeläge ausgeschrieben. Gegenstand des Verfahrens ist die Herstellung und Montage von Betonwerksteinplatten als Bodenbelag, die Herstellung und Montage von Winkelstufen und die Herstellung und Montage von Sichtbetonfertigteilen in den 6 Bahnhöfen der Wehrhahn-Linie. Projekt-CD: Beiliegend zu den Teilnahmeunterlagen erhält der Bewerber eine Projekt-CD. Sie dient nur zur Übersicht über die geplante Maßnahme, damit die Bewerber eine Vorstellung von der Bauaufgabe bekommen. Die Pläne beinhalten keine speziellen Angaben zur Ausschreibung „Bodenbeläge“. Die Darstellungen auf der Projekt-CD beinhalten folgende Unterlagen aus dem Planfeststellungsantrag vom Sept. 2004: 1. Erläuterungsbericht; 2. Übersichtsnetzplan; 3. Übersichtslageplan; 4. Lagepläne; 4.1 Fahrebene; 4.2 Verteiler Ebene; 4.3 Oberfläche; 5. Längsschnitte; 6. Querschnitte; 7. Regelquerschnitte; 8. Bahnhofspläne; 9. Gleisschemaplan. Lieferung und Verlegung von Bodenbelägen im Dickbettverfahren (Gesamtkonstruktion bis max. 80 mm). Die Leistung beinhaltet das Liefern und Verlegen der Betonwerksteinplatten auf dem Boden, den Podesten der Treppen, inkl. der Winkelstufen der Treppen mit Kehrinne. In den gesamten Bahnhofsbereichen wird ein taktile Leitstreifen als Blindenleitsystem verlegt. Auf der Fahrebene wird zur Gleiskante (Bahnsteigkante) ein Sichtbetonfertigteile eingebaut. An dieses Formteil werden erhöhte Anforderungen an die Genauigkeit gestellt. Es wird mit dem Rohbau verdübelt. Weiterhin Bestandteil der Leistung ist das Herstellen eines (in der Regel 150 mm hohen) Sockels aus Betonwerkstein, als Anschluss an die bauseits vorhandenen Wandverkleidungen. An einem der Bahnhöfe (Pempelforfer Straße) werden am Boden so genannte Motivplatten im Dickbett verlegt. Diese Platten werden mit Wasserstrahl geschnitten und in einem vordefinierten, schiefwinkligen Muster aus dunklen und hellen Steinen zusammengesetzt. Teilweise sind Einbauteile, wie Rinnen und Konsolen in den Plattenbelag zu integrieren. Alle Bodenbeläge sind in R10, die Winkelstufen in R11, herzustellen. Es ist eine losweise Vergabe (Los 1 und Los 2), entsprechend dem Süd- und dem Ostast vorgesehen. Es sollen Angebote für ein oder mehrere Lose eingereicht werden. Los 1 (Südast) beinhaltet in den Bahnhöfen Kirchplatz, Graf-Adolf-Platz und Benrather Straße folgende Leistungen: - Bodenbelagsarbeiten mit einer Gesamt-Verlegefläche von ca. 3198 qm; - Winkelstufen mit einer Verlegefläche von ca. 550 lfdm; - Sichtbetonfertigteile (Bahnsteigkante) auf einer Gesamtlänge von ca. 555 lfdm. Los 2 (Ostast) beinhaltet in den Bahnhöfen Heinrich-Heine-Allee, Schadowstraße und Pempelforfer Straße folgende Leistungen: - Bodenbelagsarbeiten mit einer Gesamt-Verlegefläche von ca. 4918 qm; - Winkelstufen mit einer Verlegefläche von ca. 550 lfdm; - Sichtbetonfertigteile (Bahnsteigkante) auf einer Gesamtlänge von ca. 555 lfdm. Zwei Lose, Angebote sind möglich für ein oder mehrere Lose. Optionen: In der Ausschreibung sind in geringem Umfang Bedarfspositionen enthalten (z. B. Stundenverrechnungssätze, Bauzeitverzögerung). Der Bieter ist nach erfolgter Auftragsvergabe verpflichtet, die in diesen Positionen beschriebenen Leistungen nach Aufforderung durch den Auftraggeber auszuführen. Die Entscheidung über die Ausführung der Option kann der Auftraggeber erst nach der Auftragser-

teilung treffen. Varianten/Alternativen sind nicht zulässig. Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung, Dauer in Monaten: 34. Ausgabe der Bewerberunterlage ab: 23.04.2012. Ausgabe bis: 30.04.2012. Druckkosten: 0,- Euro. Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 07.05.2012 um 12:00 Uhr. Geforderte Kautionen und Sicherheiten: Bürgschaft in Höhe von 5 % der Bruttoauftragssumme für die Vertragserfüllung; Bürgschaft in Höhe von 3 % der Bruttoabrechnungssumme für die Gewährleistung. Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter. Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister, Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: a) Vorlage eines aktuellen Auszugs (nicht älter als drei Monate im Zeitpunkt der Absendung des Teilnahmeantrags) aus dem Handelsregister oder Berufsregister (Handwerksrolle, Verzeichnis der Handwerkskammer, Register der IHK) des Sitzes oder Wohnsitzes der Bewerber; für Bewerber, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, eine entsprechende Bescheinigung des Berufsregisters ihres Herkunftslandes. b) Erklärung der Bewerber, dass aa) sie selbst oder eine nach Satzung oder Gesetz vertretungsberechtigte Person ihres Unternehmens nicht nach - § 8 Abs. 1 Nr. 2, §§ 9 bis 11 Schw ArbG, - § 404 Abs. 1 oder 2 Nr. 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch, - §§ 15, 15a, 16 Abs. 1, 1b oder 2 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, - § 266a Abs. 1 bis 4 des Strafgesetzbuches zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als neunzig Tagessätzen verurteilt oder mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro belegt worden sind, bb) kein Einzelfall bekannt ist, in dem auch schon vor der Durchführung eines Straf- oder Bußgeldverfahrens angesichts der Beweislage kein vernünftiger Zweifel besteht, dass sie selbst oder eine nach Satzung oder Gesetz vertretungsberechtigte Person ihres Unternehmens eine der unter aa) genannten, schwerwiegenden Verfehlungen begangen hat, cc) sie nicht wegen eines Verstoßes nach § 23 AEntG mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro belegt worden sind, dd) kein Einzelfall bekannt ist, in dem auch schon vor Durchführung eines Bußgeldverfahrens angesichts der Beweislage kein vernünftiger Zweifel an einer schwerwiegenden Verfehlung im Sinne von cc) besteht. Für die vorgenannte Erklärung ist das den Teilnahmeunterlagen beiliegende Formblatt 5 zu unterzeichnen und mit einem Firmenstempel zu versehen. Bei Bewerbergemeinschaften ist das Formblatt 5 zu kopieren und für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft einzureichen. Sollte ein Bewerber die vorgenannte Erklärung nicht abgeben können, hat er dies auf gesonderter Anlage zu erläutern. c) Nachweis der Anmeldung zur Berufsgenossenschaft; Bewerber, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, können eine gleichwertige Bescheinigung des für sie zuständigen Versichersträgers vorlegen. d) Erklärung der Bewerber, dass aa) über ihr Vermögen kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist oder die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, bb) sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet, cc) sie nicht die Pflicht zur Zahlung von Steuern, Abgaben und der

Beiträge zur Sozialversicherung verletzen oder verletzt haben, dd) sie keine unzutreffenden Erklärungen in Bezug auf ihre Fachkunde, Leistungsfähigkeit oder Zuverlässigkeit (Eignung) abgeben oder diese Auskünfte unberechtigt nicht erteilen, ee) keine schwere Verfehlung nachweislich vorliegt, durch die die Zuverlässigkeit des Unternehmens oder einer Person, die im Sinne des § 21 Abs. 2 SektVO für das Unternehmen verantwortlich handelt, in Frage gestellt wird und ff) die verantwortlich mit dem Projekt befassten Personen keine schweren Verfehlungen begangen haben, hierzu zählen insbesondere die in § 21 Absatz 1 SektVO aufgeführten Tatbestände. Für die vorgenannte Erklärung ist das den Teilnahmeunterlagen beiliegende Formblatt 5 zu unterzeichnen und mit einem Firmenstempel zu versehen. Bei Bewerbergemeinschaften ist das Formblatt 5 zu kopieren und für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft einzureichen. Sollte ein Bewerber die vorgenannte Erklärung nicht abgeben können, hat er dies auf gesonderter Anlage zu erläutern. e) Bestätigung des Versicherers über das Bestehen einer entsprechenden Betriebshaftpflichtversicherung. Bei fremdsprachigen Bescheinigungen ist eine Übersetzung in deutscher Sprache beizufügen. Bei Bewerbungen durch eine Bewerbergemeinschaft sind die vorstehend aufgeführten Nachweise und Erklärungen für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft beizubringen. Die Bewerbergemeinschaft hat mit ihrem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und ein bevollmächtigter Vertreter als Ansprechpartner genannt wird, - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt. Das den Unterlagen zum Teilnahmeantrag beiliegende Formblatt 1 zu den allgemeinen Angaben über das Unternehmen ist von jedem Bewerber auszufüllen. Ferner ist bei Bewerbungen durch eine Bewerbergemeinschaft das entsprechende den Teilnahmeunterlagen beiliegende Formblatt 1 zu kopieren und von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft auszufüllen. Sofern sich ein Bewerber (oder eine Bewerbergemeinschaft) zum Nachweis seiner wirtschaftlichen, finanziellen oder technischen Leistungsfähigkeit zur Ausführung des vorliegenden Auftrags auf die Fähigkeiten eines anderen Unternehmens berufen will, hat er/sie mit dem Teilnahmeantrag insoweit auch für dieses Unternehmen die vorstehend dargestellten Nachweise und Erklärungen sowie das Formblatt 1 der Unterlagen zum Teilnahmeantrag vorzulegen. Zudem hat der Bewerber gegenüber dem Auftraggeber mit einer Verpflichtungserklärung gemäß dem Formblatt 2 der Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb nachzuweisen, dass ihm die für die Erfüllung des Auftrages erforderlichen Mittel dieser Unternehmen jeweils zur Verfügung stehen. Mit der Abgabe des ersten Angebotes müssen die Bieter die Teile des Auftrags benennen, die sie beabsichtigen, durch Unteraufträge an Dritte zu vergeben. Die Namen der Unterauftragnehmer müssen, sofern sich der Bewerber nicht bereits zum Nachweis seiner Eignung auf deren Fähigkeiten berufen hat, vor der Zuschlagserteilung genannt werden. Dasselbe gilt für die Namen etwaiger Unter-Unterauftragnehmer. Alle Nachweise und Erklärungen sind Teil des Teilnahmeantrages und mit dem Teilnahmeantrag zu erbringen. Sämtliche Unterlagen sind in deutscher Sprache vorzulegen. Bei fremdsprachigen Bescheinigungen ist eine Übersetzung in deutscher Sprache beizufügen. Sollten in einem Teil-

nahmeantrag Nachweise oder Erklärungen fehlen oder unvollständig sein, behält sich der Auftraggeber die Nachforderung der fehlenden oder unvollständigen Eignungsnachweise unter Fristsetzung vor. Werden die fehlenden oder unvollständigen Nachweise und Erklärungen nicht innerhalb dieser Frist nachgereicht, wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen. Die Frist beginnt am Tage nach Absendung der Aufforderung durch den Auftraggeber. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit: Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: a) Umsatz des Unternehmens jeweils bezogen auf die drei letzten abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen. - Mindestumsatz bei Abgabe Los 1 und Los 2: 1,7 Mio. Euro pro Jahr; - Mindestumsatz bei Abgabe nur Los 1: 1,0 Mio. Euro pro Jahr; - Mindestumsatz bei Abgabe nur Los 2: 1,0 Mio. Euro pro Jahr. b) Angabe der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischen Leitungspersonal. Für die Vorlage der Angaben/Nachweise ist das Formblatt 3 der Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb zu verwenden. Sofern sich ein Bewerber beziehungsweise eine Bewerbergemeinschaft zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit auf die Kapazitäten eines anderen Unternehmens beruft, sind die vorgenannten Erklärungen auch für dieses Unternehmen abzugeben. Im Falle einer Bewerbergemeinschaft müssen die Angaben unter III.2.2) [der Veröffentlichung im Supplement zum Amtsblatt der EU] (Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit) a) und b) von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft erbracht werden. Die unter III.2.2) (Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit) a) genannten Mindestumsätze pro Jahr können jeweils von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft gemeinsam nachgewiesen werden. Technische Leistungsfähigkeit: Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Die im Folgenden geforderten Nachweise zur technischen Leistungsfähigkeit sind mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Bewerber/Bewerbergemeinschaften, die auch nach einer Nachforderung - die geforderte technische Leistungsfähigkeit nicht nachweisen, sind nicht zur Auftragsdurchführung geeignet und werden vom weiteren Vergabeverfahren zwingend ausgeschlossen: a) Nachweis über die erfolgreiche Realisierung von mit den hier betreffenden Leistungen vergleichbaren Referenzprojekten. Es sind in Summe mindestens 3, höchstens aber fünf Referenzprojekte aus den letzten 7 Jahren, es gilt das Abnahmedatum, nachzuweisen. Der Zeitraum von 7 Jahren für die Nachweismöglichkeit der Referenzen ist nicht in dem Sinne zu verstehen, dass der Bewerber bereits mindestens 7 Jahre am Markt tätig sein muss. Vielmehr haben die Bewerber aus Gründen der Markt-/Wettbewerbsöffnung Gelegenheit, Referenzen aus den letzten 7 Jahren beizubringen. Die zu beschreibenden Referenzprojekte müssen von dem/den jeweiligen Auftraggeber/n abgenommen sein. Entsprechende Nachweise (Abnahmeerklärungen/ Abnahmebescheinigungen/Abnahmeprotokolle) sind auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen. Für die bereits mit dem Teilnahmeantrag vorzulegenden Angaben/Nachweise des Bewer-

bers ist das Formblatt 4 der Unterlagen zum Teilnahmeantrag zu verwenden. Die Erklärungen des Bewerbers zu den Referenzen müssen folgende Angaben enthalten: aa) Projektbezeichnung, Ort und Auftraggeber, bb) Ansprechpartner beim Auftraggeber und Kontaktdaten, cc) Darstellung des Leistungsumfangs und Angaben (in Quadratmetern) zur realisierten Bodenfläche in Betonwerkstein oder Naturwerkstein, Angaben zum Material (Betonwerkstein/Naturstein), dd) Rolle im Projekt (z. B. Generalunternehmer, Unterauftragnehmer), ee) ggf. Unterauftragnehmer für Teilleistungen benennen, ff) Projektvolumen in Euro brutto, eigener Leistungsanteil/Gesamtleistung, gg) Angaben, Beschreibung der verlegten Bodenfläche (spezielle Formteile, Blockstufen, etc.) Schwierigkeitsgrad bei der Montage (z.B. in geneigten Flächen, erhöhte Anforderungen an die Genauigkeit nach DIN 18202, etc.), ii) Leistungszeitraum, jj) Abnahmedatum, kk) Erfahrungen mit CAD unterstütztem Wasserstrahlschneiden von Betonwerksteinplatten und/oder Natursteinen in Form einer Intarsienarbeit mit Quadratmeterangabe, Beschreibung der Intarsienarbeit, ll) Erfahrungen mit der Herstellung und Verarbeitung von (Sicht-) Betonfertigteilen. Im Rahmen der mindestens drei vorzulegenden Referenznachweise müssen mindestens folgende Vorgaben erfüllt sein: Bei einer der Referenzen ist eine Gesamtverlegefläche von mindestens 1.000 qm Bodenfläche aus Betonwerkstein- und/oder Natursteinplatten nachzuweisen. Bei einer der Referenzen ist eine Gesamtfläche von mindestens 400 qm mit einer Intarsienarbeit aus Betonwerkstein- und/oder Natursteinplatten nachzuweisen. Bei einer der Referenzen ist die Herstellung und Montage eines (Sicht-) Betonfertigteils nachzuweisen. b) Erklärung des Bewerbers, dass die Erstellung von Werk- und Montageplänen im DWG-, DXF- und DGN-Format erfolgen kann. Für die Angaben ist das Formblatt 4 der Unterlagen zum Teilnahmeantrag zu verwenden. Soweit sich ein Bewerber oder eine Berggemeinschaft zum Nachweis der technischen Leistungsfähigkeit auf die Kapazitäten eines anderen Unternehmens beruft, sind die vorgenannten Erklärungen auch für dieses Unternehmen abzugeben. Im Falle einer Berggemeinschaft müssen die unter Ziffer III.2.3) (Technische Leistungsfähigkeit) a) und b) genannten Erklärungen jeweils insgesamt nur einmal pro Berggemeinschaft vorgelegt werden. Den Zuschlag erhält das Angebot mit dem niedrigsten Preis. Zusätzliche Angaben: 1.) Die Zuschlagserteilung wird nur dann erfolgen, wenn die Mitfinanzierung durch den Bund und das Land NRW für den hier betreffenden Auftrag gesichert ist. 2.) Der Auftraggeber stellt Unterlagen für die Erstellung des Teilnahmeantrages zur Verfügung. Diese Unterlagen sind vor der Einreichung eines Teilnahmeantrages zwingend bei der unten genannten Missionsstelle abzufordern. 3.) Eventuelle Rückfragen richten Sie bitte ausschließlich per Brief, Telefax oder E-Mail an die Landeshauptstadt Düsseldorf, Der Oberbürgermeister, Amt für Verkehrsmanagement, 40200 Düsseldorf, Herrn Dipl.-Ing. Hagenah, Tel.: +49 21189-26606, Fax: +49 21189-29888, horst.hagenah@duesseldorf.de. Es wird darum gebeten, Rückfragen nur bis sechs Tage vor dem Ablauf der Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge zu stellen. Danach eingehende Fragen können leider nicht mehr beantwortet werden. Der Auftraggeber wird etwaige Informationen per Fax oder per E-Mail an die Bewerber versenden. 4.) Der Auftraggeber wird unter den Bewerbern, deren Eignung für die Ausführung der betreffen-

den Leistungen bejaht wird, 10 Bewerber zur Angebotsabgabe auffordern. Sollte die Eignung von mehr als zehn Bewerbern zu bejahen sein, wird der Auftraggeber die Zahl der Bewerber anhand des Kriteriums „Qualität der Referenzen“ verringern. Maßstäbe hierfür sind das Bauvolumen (verlegte Fläche Betonwerkstein), der Umfang der Erfahrung mit CAD unterstütztem Wasserstrahlschneiden von Betonwerksteinplatten/ Natursteinen in Form einer Intarsienarbeit und der Umfang der Erfahrung mit Betonfertigteilen. Die Referenzen eines Bewerbers/einer Berggemeinschaft werden hinsichtlich des Kriteriums „Qualität der Referenzen“ mit einer Punktzahl bewertet. Die Bewertung der Referenzen wird anhand einer Punkteskala erfolgen. Die drei Referenzen eines Bewerbers mit den höchsten Punktzahlen werden zu einer Gesamtpunktzahl addiert. Die weiteren Informationen hierzu ergeben sich aus Ziffer 2.6 der anzufordernden Unterlagen zum Teilnahmeantrag. Die 10 Bewerber mit den höchsten erreichten Gesamtpunktzahlen werden zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert. Einlegen von Rechtsbehelfen: Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Nach §101b Abs. 2 GWB endet die Frist, mit der die Unwirksamkeit eines Vertrages mit einem Nachprüfungsverfahren geltend gemacht werden kann, 30 Kalendertage ab Kenntnis des Verstoßes, der zur Unwirksamkeit des Vertrages führt, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss oder im Falle der Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union 30 Kalendertage nach dieser Veröffentlichung. Nach § 107 Abs. 3 Nr. 1 bis 4 GWB ist der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens unzulässig, soweit - der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat, - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, - mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Nähere Auskünfte sind erhältlich bei: Landeshauptstadt Düsseldorf, Der Oberbürgermeister, Amt für Verkehrsmanagement, Herrn Dipl.-Ing. Hagenah, 40200 Düsseldorf, Tel.: +49(0)211.89-26606, Fax: +49(0)211.89-29888, horst.hagenah@duesseldorf.de Diese Veröffentlichung wurde redaktionell gekürzt, enthält aber alle maßgeblichen Inhalte der EU-weiten Veröffentlichung. Der komplette Veröffentlichungstext kann im Supplement zum Amtsblatt der EU unter <http://ted.europa.eu> oder auf den Internet-Seiten der Stadt Düsseldorf: <http://www.duesseldorf.de/bauverwaltung/ausschreibung/sectvo/index.shtml> eingesehen oder beim Bauverwaltungsamt - Missionsstelle - (Tel. 0211/89-96621 Frau Krapp) angefordert werden.



Vergabeart: **Offenes Verfahren (SektVO)**
Es sollen vergeben werden: **Gewerk Bahnstro-**

manlage, U-Bahnbau Wehrhahn-Linie. Gesamtmenge bzw. -umfang: Die insgesamt rund 3.600 m lange Stadtbahnstrecke der Wehrhahn-Linie umfasst 6 U-Bahnhöfe und 2 Oberflächenhaltestellen. Die 6 unterirdischen Bahnhöfe werden in Schlitzwand-Deckelbauweise hergestellt. Die beiden Oberflächenhaltestellen befinden sich im Süden (Haltestelle Bilk S) bzw. im Osten (Haltestelle Wehrhahn S) der Stadtbahnstrecke. Die unterirdische Strecke wird unter Einsatz einer Schildmaschine (Durchmesser ca. 9,50 m) auf einer Länge von ca. 2,3 km aufgeföhren. In Streckenmitte schließt die Wehrhahn-Linie von 2 verschiedenen Seiten an einen bereits bestehenden Stadtbahntunnel an. Östlich davon wird ein Gebäude bergmännisch unterfahren. Die Rohbauarbeiten sind zurzeit in der Ausführungsphase. Parallel werden jetzt die Gewerke der Technischen Ausrüstung inklusive der Bahnstromanlage und des architektonischen Ausbaus ausgeschrieben. Zweck der Ausschreibung ist die Herstellung der Bahnstromanlage der unterirdischen Stadtbahnstrecke von der Rampe Wehrhahn bis zur oberirdischen Haltestelle Bilk S mit den zugehörigen Oberflächenanschlüssen. Anmerkung: Beiliegend zu den Vergabeunterlagen erhält der Bieter eine Projekt-CD. Sie dient nur zur Übersicht über die geplante Maßnahme, damit die Bieter eine Vorstellung von der Bauaufgabe bekommen. Die Pläne beinhalten keine speziellen Angaben zur Ausschreibung Bahnstromanlage. Die Darstellungen auf der Projekt-CD beinhalten folgende Unterlagen aus dem Planfeststellungsantrag vom Sept. 2004: 1. Erläuterungsbericht; 2. Übersichtsnetzplan; 3. Übersichtslageplan; 4. Lagepläne; 4.1 Fahrebene; 4.2 Verteilerebene; 4.3 Oberfläche; 5. Längsschnitte; 6. Querschnitte; 7. Regelquerschnitte; 8. Bahnhofspläne; zusätzlich: 9. Gleischemaplan. Die Ausschreibung umfasst im Wesentlichen die nachfolgend genannten Lieferungen und Leistungen gemäß den vorgegebenen Ausbaustufen. Unterwerke in den Stationen Kirchplatz (Kip) und Jacobistr./Pempelforter Str. (Pfs): - je Station eine Mittelspannungsanlage (9 Felder+ 1 Reservefeld) für 10 (12) kV; - je Station 2 Stück Bahnstromtransformatoren je 2 MVA mit Gleichrichtereinheit; - je Station eine Gleichstromanlage (9 Felder) für 750 V DC einschließlich Gleichrichter; - je Station ein Ortsteuerschrank 400 V AC und 60 V DC redundant; - je Station eine Fernwirkanlage; - allgem. Elektroinstallation, Kabelverbindungen und aufgeständerter Doppelboden; Erweiterung und Umbau des vorhandenen Unterwerkes Heinrich Heine Allee (Hho): - Mittelspannungsanlage (2 Felder) für 10 (12) kV Umbau; - Gleichstromanlage (5 Felder) für 750 V DC; - Fernwirkanlage; Fahrleitungsschaltanlagen (EFS) für die Stationen Kirchplatz (Kip), Graf-Adolf-Platz (Gap), Jacobistr./Pempelforter Str. (Pfs), Schadowstr. (Scd) und Heinrich-Heine-Allee (Hhu): - Lieferung und Montage der Fahrleitungsschaltanlage (EFS) bestehend aus 20 Stück DC Schaltfeldern komplett mit 5 Stück Ortsteuerschrank 400 V AC und 60 V DC redundant; - Kabelanlage; - aufgeständerter Doppelboden. Keine Lose. Optionen: In der Ausschreibung sind in geringem Umfang Bedarfspositionen enthalten (z. B. Stundenverrechnungssätze, Zuschläge für Nacharbeit/ Sonn- und Feiertagsarbeit, Bauzeitverzögerung). Der Bieter ist nach erfolgter Auftragsvergabe verpflichtet, die in diesen Positionen beschriebenen Leistungen nach Aufforderung durch den Auftraggeber auszuführen. Die Entscheidung über die Ausführung der Option kann der Auftraggeber erst nach der Auftragserteilung treffen.

Varianten/Alternativangebote sind nicht zulässig. Beginn und Ende der Auftragsausführung: Dauer in Monaten: 39. Ausgabe der Unterlagen ab: 23.04.2012. Ausgabe bis: 25.05.2012. Es entstehen Druckkosten in Höhe von 44,- Euro (Druckkosten werden nicht erstattet). Schlusstermin für den Eingang der Angebote: 04.06.2012 um 10:00 Uhr. Zuschlags- und Bindefrist: 26.09.2012. Geforderte Kautionen und Sicherheiten: Bürgschaft in Höhe von 5 % der Bruttoauftragssumme für die Vertragserfüllung; Bürgschaft in Höhe von 3 % der Bruttoabrechnungssumme für die Gewährleistung. Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird (falls zutreffend): Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter. Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister; Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: a) Vorlage eines aktuellen Auszugs (nicht älter als 3 Monate im Zeitpunkt der Absendung des Angebotes) aus dem Handelsregister oder Berufsregister (Handwerksrolle, Verzeichnis der Handwerkskammer, Register der IHK) des Sitzes oder Wohnsitzes der Bieter; für Bieter, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, eine entsprechende Bescheinigung des Berufsregisters ihres Herkunftslandes; b) Erklärung der Bieter, dass aa) sie selbst oder eine nach Satzung oder Gesetz vertretungsberechtigte Person ihres Unternehmens nicht nach: - § 8 Abs. 1 Nr. 2, §§ 9 bis 11 SchwArbG, - § 404 Abs. 1 oder 2 Nr. 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch, - §§ 15, 15a, 16 Abs. 1, 1b oder 2 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, - § 266a Abs. 1 bis 4 des Strafgesetzbuches zu einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen verurteilt oder mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 EUR belegt worden sind. bb) kein Einzelfall bekannt ist, in dem auch schon vor der Durchführung eines Straf- oder Bußgeldverfahrens angesichts der Beweislage kein vernünftiger Zweifel besteht, dass sie selbst oder eine nach Satzung oder Gesetz vertretungsberechtigte Person ihres Unternehmens eine der unter aa) genannten, schwerwiegenden Verfehlungen begangen hat; cc) sie nicht wegen eines Verstoßes nach § 23 AEntG mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 EUR belegt worden sind; dd) kein Einzelfall bekannt ist, in dem auch schon vor Durchführung eines Bußgeldverfahrens angesichts der Beweislage kein vernünftiger Zweifel an einer schwerwiegenden Verfehlung im Sinne von cc) besteht; c) Nachweis der Anmeldung zur Berufsgenossenschaft; Bieter, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, können eine gleichwertige Bescheinigung des für sie zuständigen Versicherungsträgers vorlegen; d) Erklärung der Bieter, dass aa) über ihr Vermögen kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist oder die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist; bb) sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet; cc) sie nicht die Pflicht zur Zahlung von Steuern, Abgaben und der Beiträge zur Sozialversicherung verletzen oder verletzt haben; dd) sie keine unzutreffenden Erklärungen in Bezug auf ihre Fachkunde, Leistungsfähigkeit oder Zuverlässigkeit (Eignung) abgeben oder diese Auskünfte unberechtigt nicht erteilen; ee) keine schwere Verfehlung nachweislich vorliegt, durch die die Zuverlässigkeit des Unternehmens

oder einer Person, die im Sinne des § 21 Abs. 2 SektVO für das Unternehmen verantwortlich handelt, in Frage gestellt wird und; ff) die verantwortlich mit dem Projekt befassten Personen keine schweren Verfehlungen begangen haben, hierzu zählen insbesondere die in § 21 Absatz 1 SektVO aufgeführten Tatbestände. e) Bestätigung des Versicherers über das Bestehen einer entsprechenden Betriebshaftpflichtversicherung. Bei fremdsprachigen Bescheinigungen ist eine Übersetzung in deutscher Sprache beizufügen. Für die unter b) und d) aufgeführten Erklärungen ist das Formblatt Anlage 0.6 „Eigenerklärungen“ in den Vergabeunterlagen zu unterzeichnen und mit einem Firmenstempel zu versehen. Bei Angeboten durch eine Bietergemeinschaft sind die vorstehend aufgeführten Nachweise und Erklärungen für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft beizubringen. Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und ein bevollmächtigter Vertreter als Ansprechpartner genannt wird, - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt. Ferner ist bei Angeboten durch eine Bietergemeinschaft das den Vergabeunterlagen beiliegende Formblatt „Allgemeine Angaben zum Unternehmen“ zu kopieren und von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft auszufüllen. Sofern sich ein Bieter (oder eine Bietergemeinschaft) zum Nachweis seiner wirtschaftlichen, finanziellen oder technischen Leistungsfähigkeit zur Ausführung des vorliegenden Auftrags auf die Fähigkeiten eines anderen Unternehmens berufen will, hat er/sie mit dem Angebot insoweit auch für dieses Unternehmen die vorstehend dargestellten Nachweise und Erklärungen sowie das den Vergabeunterlagen beiliegende Formblatt Anlage 0.2 „Allgemeine Angaben zum Unternehmen“ vorzulegen. Zudem hat der Bieter gegenüber dem Auftraggeber mit einer Verpflichtungserklärung gemäß dem Formblatt Anlage 0.3 „Verpflichtungserklärung“, das den Vergabeunterlagen beiliegt, nachzuweisen, dass ihm die für die Erfüllung des Auftrages erforderlichen Mittel dieser Unternehmen jeweils zur Verfügung stehen. Der Auftraggeber behält sich vor, Erklärungen und Nachweise, die auf Anforderung des Auftraggebers bis zum Ablauf der Frist für den Eingang der Angebote nicht oder nicht vollständig vorgelegt wurden, bis zum Ablauf einer vom Auftraggeber bestimmten Nachfrist anzufordern. Werden die fehlenden Nachweise und Erklärungen nicht innerhalb dieser Frist nachgereicht, wird das Angebot ausgeschlossen. Die Frist beginnt am Tage nach Absendung der Aufforderung durch den Auftraggeber. Mit der Abgabe des Angebotes müssen die Bieter die Teile des Auftrags benennen, die sie beabsichtigen, durch Unteraufträge an Dritte zu vergeben. Die Namen der Unterauftragnehmer müssen, sofern sich der Bieter nicht bereits zum Nachweis seiner Eignung auf deren Fähigkeiten berufen hat, vor der Zuschlagserteilung genannt werden. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit: Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Umsatz des Unternehmens jeweils bezogen auf die 3 letzten abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Leistungen betrifft, die mit der zu verbiegenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen. Mindestumsatz: 3.500.000,- EUR pro Jahr. Für die Erklärung ist das Formblatt Anlage 0.4 „Angaben/

Nachweise zu Umsatz und Größe des Unternehmens“ zu verwenden, das den Vergabeunterlagen beiliegt. Im Falle von Bietergemeinschaften muss die Erklärung zu den Umsätzen nach Ziffer III.2.2 [der Veröffentlichung im Supplement zum Amtsblatt der EU] (Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit) von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft vorgelegt werden, die Forderung eines jährlichen Mindestumsatzes von 3.500.000,- EUR kann jedoch von allen Mitgliedern zusammen erfüllt werden. Sofern sich ein Bieter beziehungsweise eine Bietergemeinschaft zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit auf die Kapazitäten eines anderen Unternehmens beruft, ist die vorgenannte Erklärung auch für dieses Unternehmen abzugeben. Technische Leistungsfähigkeit: Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: a) Nachweis über die erfolgreiche Realisierung von Referenzprojekten. Es sind in Summe mindestens 3 Referenzprojekte aus den letzten 5 Jahren, es gilt das Abnahmedatum, nachzuweisen. Der Zeitraum von 5 Jahren für die Nachweismöglichkeit der Referenzen ist nicht in dem Sinne zu verstehen, dass der Bieter bereits mindestens 5 Jahre am Markt tätig sein muss. Vielmehr haben die Bieter aus Gründen der Markt-/Wettbewerbsöffnung Gelegenheit, Referenzen aus den letzten 5 Jahren beizubringen. Die nachfolgend beschriebenen Referenzprojekte müssen von dem/den jeweiligen Auftraggeber/n abgenommen sein. Entsprechende Nachweise (Abnahmeerklärungen/Abnahmebescheinigungen/Abnahmeprotokolle) sind auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen. Für die Angaben zu den Referenzen ist das Formblatt Anlage 0.5 „Angaben zu Referenzprojekten“ zu kopieren und für jeweils eine Referenz zu verwenden. Die Erklärungen des Bieters zu den Referenzen müssen mindestens folgende Angaben enthalten: aa) Projektbezeichnung, Ort und Auftraggeber; bb) Ansprechpartner beim Auftraggeber und Kontaktdaten; cc) Rolle im Projekt (z. B. Generalunternehmer, Unterauftragnehmer); dd) ggf. Unterauftragnehmer für Teilleistungen benennen; ee) Projektvolumen in Euro brutto, eigener Leistungsanteil/Gesamtleistung; ff) Leistungszeitraum; gg) Abnahmedatum; hh) Angaben Anzahl Mitarbeiter mit Gliederung nach Lohngruppen/ technisches Leitungspersonal; ii) Darstellung des Leistungsumfanges: Bei der Ausführung der Referenzprojekte müssen dabei mindestens die folgenden Leistungsinhalte erfüllt worden sein: Jedes der (mindestens 3) Referenzprojekte muss die Realisierung eines Projekts „Lieferung und Montage von Bahnstromunterwerken mit MS-Schaltanlagen, NS-Schaltanlagen, DC-Schaltanlagen und Bahnstromgleichrichter mit zugehörigen Bahnstromtransformatoren für Straßenbahn- und Stadtbahnanlagen“ mit einem Auftragswert von mind. 2.000.000 EUR betreffen, b) Nachweis eines Qualitätsmanagementsystems nach DIN EN ISO 9001 oder vergleichbar; c) Nachweis des Bewerbers über den Einsatz von schienengebundenen Geräten/ Baumaschinen und Transportfahrzeugen mit (Straßenbahn-) Radsätzen gem. Maßsystem A nach Spurführungsrichtlinie - SpR. Der Bieter hat eine Eigenerklärung vorzulegen, in der die Projekte bzw. Fahrzeugeinsätze zu beschreiben und die betreffenden Auftraggeber mit Ansprechpartner zu benennen sind; d) Erklärung des Bewerbers, dass sein Unternehmen Kenntnis über die BOStrab einschließlich der hierzu erlassenen Richtlinien und technischen Regeln in der derzeit gültigen Fassung hat und diese einhalten

wird. Sofern sich ein Bieter oder eine Bietergemeinschaft zum Nachweis der technischen Leistungsfähigkeit auf die Kapazitäten eines anderen Unternehmens beruft, sind die vorgenannten Erklärungen und Nachweise auch für dieses Unternehmen abzugeben. Im Falle einer Bietergemeinschaft müssen die unter Ziffer III.2.3) (Technische Leistungsfähigkeit) a) und b) genannten Erklärungen und Nachweise jeweils insgesamt nur einmal pro Bietergemeinschaft vorgelegt werden. Den Zuschlag erhält das Angebot mit dem niedrigsten Preis. Zusätzliche Angaben: 1.) Die Zuschlagserteilung wird nur dann erfolgen, wenn die Mitfinanzierung durch den Bund und das Land NRW für den hier betreffenden Auftrag gesichert ist. 2.) Die Vergabeunterlagen sind bei der unten genannten Submissionsstelle abzufordern. 3.) Eventuelle Rückfragen richten Sie bitte ausschließlich per Brief, Telefax oder E-Mail an die Landeshauptstadt Düsseldorf, Der Oberbürgermeister, Amt für Verkehrsmanagement, 40200 Düsseldorf, Herrn Dipl.-Ing. Hagenah, Tel.: +49 21189-26606, Fax: +49 21189-29888, horst.hagenah@duesseldorf.de . Es wird darum gebeten, Rückfragen nur bis acht Tage vor dem Ablauf der Frist zur Einreichung der Angebote zu stellen. Danach eingehende Fragen können leider nicht mehr beantwortet werden. Der Auftraggeber wird etwaige Informationen per Fax oder per E-Mail an die Bewerber versenden. Einlegung von Rechtsbehelfen: Nach §101b Abs. 2 GWB endet die Frist, mit der die Unwirksamkeit eines Vertrages mit einem Nachprüfungsverfahren geltend gemacht werden kann, 30 Kalendertage ab Kenntnis des Verstoßes, der zur Unwirksamkeit des Vertrages führt, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss oder im Falle der Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union 30 Kalendertage nach dieser Veröffentlichung. Nach § 107 Abs. 3 Nr. 1 bis 4 GWB ist der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens unzulässig, soweit - der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat, - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, - mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Nähere Auskünfte sind erhältlich bei: Landeshauptstadt Düsseldorf, Der Oberbürgermeister, Amt für Verkehrsmanagement, Herrn Dipl.-Ing. Hagenah, 40200 Düsseldorf, Tel.: +49(0)211.89-26606, Fax: +49(0)211.89-29888, horst.hagenah@duesseldorf.de Diese Veröffentlichung wurde redaktionell gekürzt, enthält aber alle maßgeblichen Inhalte der EU-weiten Veröffentlichung. Der komplette Veröffentlichungstext kann im Supplement zum Amtsblatt der EU unter <http://ted.europa.eu> oder auf den Internet-Seiten der Stadt Düsseldorf: <http://www.duesseldorf.de/bauverwaltung/ausschreibung/sectvo/index.shtml> eingesehen oder beim Bauverwaltungsamt - Submissionsstelle - (Tel. 0211/89-96621 Frau Krapp) angefordert werden.

Ausschreibungsunterlagen können ab dem jeweils angegebenen Zeitpunkt abgeholt werden bei: Landeshauptstadt Düsseldorf, Bauverwaltungsamt -Submissionsstelle-, Brinckmannstraße 5, 3. Etage, Zimmer 3161, 40225 Düsseldorf, Montag bis Donnerstag von 7.30 bis 16.00 Uhr, Freitag von 7.30 bis 13.00 Uhr (Telefon 0211-89-93902/Fax 89-29080/ e-mail: ausschreibungen@duesseldorf.de). Die Ausschreibungsunterlagen können auch schriftlich bei der v.g. Stelle unter Angabe des Vergabeamtes und des Ausschreibungsobjektes angefordert werden. Sofern gefordert, ist ein auf den Betrag der Druckkosten ausgestellter Scheck beizufügen. Der Betrag kann auch unter Angabe des Kassenzweischens 6004-7400-0195-4 und der Bezeichnung der Ausschreibung auf das Konto der Stadtkasse Düsseldorf (Konto Nr. 10000495) bei der Sparkasse Düsseldorf (BLZ: 30050110; IBAN: DE61300501100010000495, SWIFT: DUSSEDD) überwiesen werden. Die Ausgabe bzw. die Übersendung der Unterlagen erfolgt nur gegen den Nachweis der Überweisung. Unterlagen, die kostenlos abgegeben werden, können auch per Fax unter der v.g. Nummer oder per e-mail angefordert werden. Geforderte Referenzen sind dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag im Rahmen eines Teilnahmewettbewerbes beizufügen. Für die Anforderung von Ausschreibungsunterlagen sind Referenzen nicht erforderlich. Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen. Zahlungen erfolgen nach § 16 VOB/B bzw. § 17 VOL/B. Abgabe der Angebote zu den oben genannten Öffnungszeiten bei der v.g. Stelle, jedoch in der

Poststelle des Bauverwaltungsamtes, Zimmer 3101. Die Angebote sollten möglichst 15 Minuten vor dem Eröffnungs-/Abgabetermin dort vorliegen. Bitte berücksichtigen Sie bei der Übersendung Ihrer Angebote einen mindestens 2-tägigen Postweg! Angebotseröffnungen nach der VOB finden bei v.g. Stelle in Zimmer 3162 in Gegenwart der Bieterinnen und Bieter statt (ausgenommen freihändige Vergaben). Bei Ausschreibungen nach der VOL sind Bieterinnen und Bieter generell nicht zugelassen. Teilnahmewettbewerbe: Bewerbungen in deutscher Sprache richten Sie mit den geforderten Unterlagen bitte ebenfalls an die v.g. Stelle. Die Anträge können auch durch Fax, E-Mail oder Telefon übermittelt werden, müssen aber vor Ablauf der Bewerbungsfrist bei Vergaben nach der VOB/A schriftlich, bei Vergaben nach der VOL/A in Textform bestätigt werden. Zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen die Vergabebestimmungen unterhalb der EU-relevanten Schwellenwerte können sich Bewerberinnen und Bewerber oder Bieterinnen und Bieter an die Bezirksregierung Düsseldorf, Am Bonneshof 35, 40474 Düsseldorf, wenden. Zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen die Vergabebestimmungen oberhalb der EU-relevanten Schwellenwerte können sich Bewerberinnen und Bewerber oder Bieterinnen und Bieter an die Vergabekammer bei der Bezirksregierung Düsseldorf, Am Bonneshof 35, 40474 Düsseldorf wenden. Alle Ausschreibungsveröffentlichungen finden Sie im Internet unter www.duesseldorf.de/ausschreibung. Soweit technisch möglich, können verschiedene Ausschreibungen auch komplett kostenlos abgerufen werden.



**Landeshauptstadt
Düsseldorf**



Pflege braucht
Beratung
Das Pflegebüro

Wer pflegebedürftig ist, findet in Düsseldorf ein großes Angebot an Dienstleistungen. Das Pflegebüro hilft, eine auf die persönlichen Wünsche und Bedürfnisse zugeschnittene Lösung zu finden. Die Beratung ist kostenlos und trägerunabhängig.

Rufen Sie an oder kommen Sie vorbei.

■ Telefon 899 899 8

Kontakt

Das Pflegebüro
Amt für soziale Sicherung und
Integration
Willi-Becker-Allee 8, 2. Etage

Montag bis Donnerstag von
9 bis 17 Uhr, Freitag von 9 bis
16 Uhr und nach Vereinbarung

www.duesseldorf.de/senioren

Öffentliche Zustellungen

Ordnungsamt:

des Bescheides 3290-1044-2405-7 SB 124 vom 13.03.2012 an Vorwerk, Nancy, Wichheimer Kirchweg 117, 51067 Köln, Deutschland

des Bescheides 3270-0451-8713-4 SB 115 vom 12.03.2012 an Harous, Akli, Rue Du Cha-teau 8, 95400 Villiers Le Bel, Frankreich

des Bescheides 3290-1045-9194-8 SB 123 vom 27.02.2012 an Temel, Deniz, Moltkestraße 2, 40477 Düsseldorf, Deutschland

des Bescheides 3250-0042-9562-2 SB 062 vom 26.03.2012 an Sava, Marian, Hatzfeldstraße 28, 40625 Düsseldorf

des Bescheides 3270-0449-9207-6 SB 057 vom 08.11.2011 an Robinson, Malgorzata, An der Führ 3, 50997 Köln

des Bescheides 3270-0713-8142-9 SB 112 vom 05.03.2012 an Leonardo Van den Berg, Chopinlaan 1, 3741 HE Baam, Niederlande

des Bescheides 3270-0452-1289-9 SB 121 vom 05.03.2012 an Sijbers, Frank, Jacob de Jonghstraat 21, 4171 BX Herwijnen, Niederlande

des Bescheides 3260-0003-0290-5 SB 121 vom 05.03.2012 an Sala, Claudio, Via Lazzaro Spallanzani 28, 10134 Turin, Italien

des Bescheides 3260-0003-0372-3 SB 122 vom 05.03.2012 an Slijper, R. Breezand 1, 8231 PN Lemmer, Niederlande

des Bescheides 3270-0451-6993-4 SB 111 vom 12.03.2012 an Al-Sulaiti, Faisal Yousuf A M, Am Hagen 7, 45527 Hattingen

des Bescheides 3260-0003-0084-8 SB 111 vom 09.02.2012 an Akker, van den Jasper J, Adelbert Van Scharln E 20, 6226 Eh Maas-tricht, Niederlande

des Bescheides 3270-0451-8528-0 SB 122 vom 27.02.2012 an Sipkema, Richard, Heir-straat 12, 6181 HM Elsloo, Niederlande

des Bescheides 3270-0042-2666-4 SB 62 vom 03.04.2012 an Jula Lucian-Dorin, Str. Marasesti 5f, Dej-Cluj, Rumänien

des Bescheides 3270-0451-8508-5 SB 53 vom 12.03.2012 an Ly-Aboutbakry, Avenue Du Prof. Emile Sergent 78, Epone, Frankreich

des Bescheides 3270-0451-7280-3 SB 014 vom 06.03.2012 an Behrens, Claus, Avenida De Francia 2, 46988 Valencia, Spanien

des Bescheides 3280-0398-8662-0 SB 013 vom 23.03.2012 an Müller, Thomas Michael, Ludenberger Straße 49, 40629 Düsseldorf, Deutschland

des Bescheides 3280-0396-6049-4 SB 023 vom 20.03.2012 an Mihaila, Gheorghe-Florin,

Stresemannstraße 40, 40210 Düsseldorf, Deutschland

des Bescheides 3270-0451-7463-6 SB 016 vom 22.02.2012 an Eckhardt, Sanne, Willem Marisstraße 44, 3342 GR Hendrik-Ido-Ambacht, Niederlande

Die Bescheide können beim Ordnungsamt der Landeshauptstadt Düsseldorf, Erkrather Straße 1-3, D-40233 Düsseldorf, eingesehen bzw. in Empfang genommen werden.

Mit der öffentlichen Zustellung werden Fristen in Gang gesetzt, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Amt für Einwohnerwesen (Fahrerlaubnisbehörde)

der Ordnungsverfügung vom 29.02.2012, Aktenzeichen 33/53 – 196/12 (4969) an Herrn Markus Garding, zuletzt wohnhaft: Behrenstraße 84, 40233 Düsseldorf.

Die Ordnungsverfügung kann beim Amt für Einwohnerwesen – Fahrerlaubnisbehörde der Landeshauptstadt Düsseldorf, Höher Weg 101, 40233 Düsseldorf, eingesehen bzw. in Empfang genommen werden.

Mit der öffentlichen Zustellung werden Fristen in Gang gesetzt, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Widmung von Straßen

Gemäß § 6 des Straßen- und Wegegesetzes NW vom 28.11.1961 (GV NW S. 305) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.1995 (GV NW S. 1028) wird die unten näher bezeichnete Verkehrsfläche dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Rolander Weg - teilweise

Gemarkung Gerresheim, Flur 3, Flurstücke 167 und 168, ca. 260 m, Gemeindestraße, unbeschränkt.

Ein entsprechender Plan kann während der Dienststunden,

**montags bis donnerstags
in der Zeit von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr
sowie
freitags
in der Zeit von 8.00 Uhr bis 14.00 Uhr**

**beim Amt für Verkehrsmanagement
Auf'm Hennekamp 45
10. Etage, Zimmer 10.05**

eingesehen werden.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen die Widmung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht Düsseldorf (Bastionstraße 39, 40213 Düsseldorf oder Postfach 200860, 40105 Düsseldorf) schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten zu erheben. Wird die Klage schriftlich erhoben, so soll sie möglichst dreifach eingereicht werden.

Der Oberbürgermeister
Amt für Verkehrsmanagement



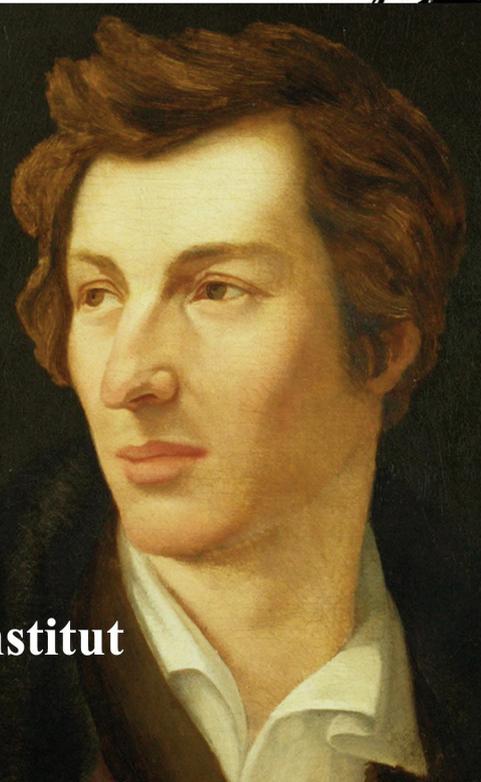
Heinrich-Heine-Institut
Landeshauptstadt Düsseldorf

Bilker Str. 12-14



**- Archiv
- Bibliothek
- Museum**

Heinrich-Heine-Institut



Bekanntmachung des Kreiswahlleiters

Bekanntmachung der zugelassenen Kreiswahlvorschläge für die Landtagswahl am 13. Mai 2012

Gemäß § 22 Abs. 1 Landeswahlgesetz (LWahlG) in Verbindung mit § 27 Landeswahlordnung (LWahlO) werden nachstehend die durch den Kreiswahlausschuss zugelassenen Kreiswahlvorschläge für die **Landtagswahlkreise 40 Düsseldorf I bis 43 Düsseldorf IV** bekanntgegeben.

Gemäß § 22 Abs. 3 in Verbindung mit § 24 Abs. 2 LWahlG entspricht die Reihenfolge der aufgeführten Parteien der Reihenfolge der Parteien auf dem Stimmzettel.

Zugelassene Wahlvorschläge für den Wahlkreis 40 Düsseldorf I

Lfd. Nr. Partei Name, Vorname Beruf Geb.-Jahr, -Ort Anschrift	1 Christlich Demokratische Union Deutschlands - CDU Lehne, Olaf Jurist 1962, Duisburg Leostraße 29 40545 Düsseldorf
Lfd. Nr. Partei Name, Vorname Beruf Geb.-Jahr, -Ort Anschrift	2 Sozialdemokratische Partei Deutschlands - SPD Weske, Markus Herbert wissenschaftlicher Referent 1968, Hilden Schäferstraße 15 40479 Düsseldorf
Lfd. Nr. Partei Name, Vorname Beruf Geb.-Jahr, -Ort Anschrift	3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - GRÜNE Wiesendorf, Astrid DIPL. Ingenieurin 1968, Frankfurt/Main Comeniusplatz 3 40547 Düsseldorf
Lfd. Nr. Partei Name, Vorname Beruf Geb.-Jahr, -Ort Anschrift	4 Freie Demokratische Partei - FDP Dr. Strack-Zimmermann, Marie-Agnes Verlagsrepräsentantin 1958, Düsseldorf Berger Allee 7 40213 Düsseldorf
Lfd. Nr. Partei Name, Vorname Beruf Geb.-Jahr, -Ort Anschrift	5 DIE LINKE - DIE LINKE Born, Helmut freigestellter Betriebsrat 1952, Düsseldorf Am Stock 3 40472 Düsseldorf
Lfd. Nr. Partei Name, Vorname Beruf Geb.-Jahr, -Ort Anschrift	6 Piratenpartei Deutschland - PIRATEN Olejak, Marc Schriftsetzer 1971, Düsseldorf Jülicher Straße 64 40477 Düsseldorf

Fortsetzung von Seite 9

Zugelassene Wahlvorschläge für den Wahlkreis 41 Düsseldorf II

Lfd. Nr. Partei Name, Vorname Beruf Geb.-Jahr, -Ort Anschrift	1 Christlich Demokratische Union Deutschlands - CDU Petersen, Jens Unternehmensberater 1970, Düsseldorf Eschbachweg 13 40625 Düsseldorf
Lfd. Nr. Partei Name, Vorname Beruf Geb.-Jahr, -Ort Anschrift	2 Sozialdemokratische Partei Deutschlands - SPD Krems, Karl-Heinz Verwaltungsjurist 1955, Kamen/Westfalen Heckteichstraße 54 40627 Düsseldorf
Lfd. Nr. Partei Name, Vorname Beruf Geb.-Jahr, -Ort Anschrift	3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - GRÜNE Düker, Monika Dipl. Sozialpädagogin 1963, Höxter Grafenberger Allee 65 40237 Düsseldorf
Lfd. Nr. Partei Name, Vorname Beruf Geb.-Jahr, -Ort Anschrift	4 Freie Demokratische Partei - FDP Dr. Dübgen, Veronika Journalistin 1950, München Fahneburgstraße 43 40629 Düsseldorf
Lfd. Nr. Partei Name, Vorname Beruf Geb.-Jahr, -Ort Anschrift	5 DIE LINKE - DIE LINKE Böhle, Nils Diplom-Politologe 1979, Hamburg Heinrichstraße 67 40239 Düsseldorf
Lfd. Nr. Partei Name, Vorname Beruf Geb.-Jahr, -Ort Anschrift	6 Piratenpartei Deutschland - PIRATEN Grenda, Frank Bankkaufmann 1967, Düsseldorf Rosenstraße 1 40479 Düsseldorf

Zugelassene Wahlvorschläge für den Wahlkreis 42 Düsseldorf III

Lfd. Nr. Partei Name, Vorname Beruf Geb.-Jahr, -Ort Anschrift	1 Christlich Demokratische Union Deutschlands - CDU Wiedon, Stefan Diplom-Sportlehrer 1966, Düsseldorf Fleher Straße 6 40223 Düsseldorf
--	---

Fortsetzung auf Seite 11

Fortsetzung von Seite 10 – Zugelassene Wahlvorschläge für den Wahlkreis 42 Düsseldorf III

<p>Lfd. Nr. Partei Name, Vorname Beruf Geb.-Jahr, -Ort Anschrift</p>	<p>2 Sozialdemokratische Partei Deutschlands - SPD Warden, Marion Dipl. Verwaltungswirtin 1958, Düsseldorf Leostraße 103 40547 Düsseldorf</p>
<p>Lfd. Nr. Partei Name, Vorname Beruf Geb.-Jahr, -Ort Anschrift</p>	<p>3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - GRÜNE Engstfeld, Stefan Referent 1970, Duisburg Neckarstraße 3 40219 Düsseldorf</p>
<p>Lfd. Nr. Partei Name, Vorname Beruf Geb.-Jahr, -Ort Anschrift</p>	<p>4 Freie Demokratische Partei - FDP Matheisen, Rainer Groß- und Außenhandelskaufmann 1980, Mettmann Poßbergweg 47 40629 Düsseldorf</p>
<p>Lfd. Nr. Partei Name, Vorname Beruf Geb.-Jahr, -Ort Anschrift</p>	<p>5 DIE LINKE - DIE LINKE Zimmermann, Wolfgang Dipl.-Sozialarbeiter 1949, Leichlingen (Rhld.) Düsselstraße 12 40219 Düsseldorf</p>
<p>Lfd. Nr. Partei Name, Vorname Beruf Geb.-Jahr, -Ort Anschrift</p>	<p>6 Piratenpartei Deutschland - PIRATEN Herrmann, Frank Filmtechnikberater 1961, Ratingen Zum Schluchtor 8 40883 Ratingen</p>

Zugelassene Wahlvorschläge für den Wahlkreis 43 Düsseldorf IV

<p>Lfd. Nr. Partei Name, Vorname Beruf Geb.-Jahr, -Ort Anschrift</p>	<p>1 Christlich Demokratische Union Deutschlands - CDU Preuß, Peter Rechtsanwalt 1953, Düsseldorf Franz-Lieder-Straße 25 40593 Düsseldorf</p>
<p>Lfd. Nr. Partei Name, Vorname Beruf Geb.-Jahr, -Ort Anschrift</p>	<p>2 Sozialdemokratische Partei Deutschlands - SPD Benninghaus, Walburga Dipl. Sozialpädagogin 1955, Düsseldorf Haydnstraße 35 40593 Düsseldorf</p>

Fortsetzung von Seite 11 – Zugelassene Wahlvorschläge für den Wahlkreis 43 Düsseldorf IV

Lfd. Nr. Partei Name, Vorname Beruf Geb.-Jahr, -Ort Anschrift	3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - GRÜNE Abel, Martin-Sebastian Student 1985, Leipzig Beethovenstraße 10 40233 Düsseldorf
Lfd. Nr. Partei Name, Vorname Beruf Geb.-Jahr, -Ort Anschrift	4 Freie Demokratische Partei - FDP Dr. Orth, Robert Rechtsanwalt 1968, Düsseldorf Im Heidewinkel 28 40625 Düsseldorf
Lfd. Nr. Partei Name, Vorname Beruf Geb.-Jahr, -Ort Anschrift	5 DIE LINKE - DIE LINKE Kraft-Dlangamandla, Angelika Rentnerin 1950, Bronnzell Peter-Behrens-Straße 92 40595 Düsseldorf
Lfd. Nr. Partei Name, Vorname Beruf Geb.-Jahr, -Ort Anschrift	6 Piratenpartei Deutschland - PIRATEN Mehrtens, Andreas Student 1977, Meerbusch Kruppstraße 95 40227 Düsseldorf

Düsseldorf, den 12. April 2012

Der Kreiswahlleiter
in Vertretung
Dr. Stephan Keller
Beigeordneter

Bekanntmachung des Jahresabschlusses der Stadt Düsseldorf zum 31.12.2009

Der Rat der Stadt Düsseldorf hat in seiner Sitzung am 17.11.2011 den Jahresabschluss zum 31.12.2009 gem. § 96 Absatz 1 GO NRW festgestellt und den Oberbürgermeister entlastet.

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 139.349.002,02 Euro wird durch eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt.

Der vollständige Jahresabschluss inklusive Lagebericht kann gemäß § 96 Absatz 2 GO NRW bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses montags – freitags jeweils zwischen 09.00 Uhr und 15.00 Uhr in der Kämmererei der Stadt Düsseldorf, Marktplatz 6, 2. Etage, Zimmer 217 in 40200 Düsseldorf eingesehen werden.

Des Weiteren können die Bilanz sowie die Ergebnis- und Finanzrechnung im Internet unter www.duesseldorf.de/finanzen/jahresabschluss eingesehen werden.

Der Jahresabschluss wurde vom Prüfungsausschuss uneingeschränkt bestätigt.

Dirk Elbers
Oberbürgermeister



Landeshauptstadt
Düsseldorf

Düsseldorfer Familienkarte

Stets gut informiert: Der aktuelle Newsletter zu Ihrer Familienkarte

Neuigkeiten und Aktionen rund
um die Familienkarte: Mit dem
kostenlosen Familienkarten-Newsletter
per Mail auf Ihren PC. Alles Weitere
unter: [www.duesseldorf.de/
familienkarte](http://www.duesseldorf.de/familienkarte)



© Amt für Kommunikation

Karten-Hotline
0211.89-99051

Ratssitzung am 26. April 2012

Einladung

**zur 22. Sitzung des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf
in seiner 15. Wahlperiode
am Donnerstag, dem 26. April 2012 um 14:00 Uhr
Sitzungsort: Rathaus – Plenarsaal, Marktplatz 2**

- 1 Anerkennung der Tagesordnung
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung am 15.12.2011 (8/2011)
- 3 Anfragen
 - a) Anfrage der Ratsfraktion FREIE WÄHLER:
Kostensteigerung für die Stadt
 - b) Anfrage der Ratsfraktion von BÜ90/GRÜ:
Kaum Wohnungsneubau in Düsseldorf in 2011
– Verbesserungen in 2012?
 - c) Anfrage der SPD-Ratsfraktion:
Bundesfreiwilligendienst-Stellen bei der Stadt Düsseldorf
 - d) Anfrage der Ratsfraktionen von CDU und FDP:
Auswirkungen des Gemeindefinanzreformgesetzes auf die Landeshauptstadt
 - e) Anfrage der Ratsfraktion FREIE WÄHLER:
Vorschlagsrecht bei Dezernentenwahl – Klüngel oder festgeschriebenes Gesetz?
 - f) Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE:
Regionales Bildungsbüro
 - g) Anfrage der SPD-Ratsfraktion:
Wann ist die Straßenbahn- und Bushaltestelle Wehrhahn S-Bahnhof endlich fertig?
- 4 Bericht aus der Kleinen Kommission Wehrhahn-Linie
Berichtersteller: Beigeordneter Dr. Keller
- 5 Bericht aus der Kleinen Kommission Kö-Bogen
Berichtersteller: Beigeordneter Dr. Bonin
- 6 Betrauung von städtischen Beteiligungsgesellschaften mit
gemeinwirtschaftlichen Aufgaben
Berichtersteller: Stadtdirektor Abrahams
- 7 Hospitalstraße 45, Städtische Realschule Benrath und
Städtisches Schloß-Gymnasium Benrath – Umbau der natur-
wissenschaftlichen Räume
– Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss –
Berichtersteller: Ratsherr Hartnigk
- 8 Steinkaul 27, Dependance St.-Apollinaris Schule Städtische
Katholische Grundschule – Sanierung des Schulgebäudes und
Errichtung eines Erweiterungsbaus
– Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss –
Berichtersteller: Ratsherr Hartnigk
- 9 Entlastungsstraße Derendorf – Norderweiterung
– Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss –
Berichtersteller: Ratsherr Volkenrath
- 10 ÖPNV – Straßenbahn- und Stadtbahnnetz nach Inbetriebnahme
der Wehrhahn-Linie
(Neufassung der Vorlage 66/ 31/2012)
Berichtersteller: Ratsherr Volkenrath
- 11 Städtische Förderung zum Erwerb von Wohneigentum
Berichterstellerin: Ratsfrau Frey
- 12 Städtische Förderung von baulichen Maßnahmen zur Reduzierung
von Barrieren im Wohnungsbestand
Berichterstellerin: Ratsfrau Frey
- 13 Freigabe verkaufsoffener Sonntagnachmittage im Jahre 2012
(Neufassung der Vorlage 66/ 17/2012)
Berichtersteller: Ratsherr Volkenrath
- 14 Ergebnis der Interessensbekundung zum Modellvorhaben
„Kein Kind zurücklassen – Kommunen in NRW beugen vor“
Berichterstellerin: Ratsfrau Benninghaus
- 15 Änderung der Bestimmungen zur Verleihung des Heine-Preises
und des Kunstpreises der Landeshauptstadt Düsseldorf
Berichtersteller: Bürgermeister Conzen
- 16 Änderung der Bestimmungen zur Verleihung der Förderpreise für
bildende Kunst, darstellende Kunst, Musik, Literatur und Wissen-
schaften der Landeshauptstadt Düsseldorf sowie Mitglieder der
Preisgerichte
Berichtersteller: Bürgermeister Conzen
- 17 Nachwahl von Juroren in das Preisgericht des Heine-Preises der
Landeshauptstadt Düsseldorf
Berichtersteller: Bürgermeister Conzen
- 18 Wahl von Juroren in das Preisgericht des Kunstpreises der
Landeshauptstadt Düsseldorf
Berichtersteller: Bürgermeister Conzen
- 19 Abberufung eines Prüfers und Bestellung einer Prüferin für das
Rechnungsprüfungsamt
Berichtersteller: Ratsherr Knäpper
- 20 Umbesetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien
Städtebauliche Planungsmaßnahmen
- 21 Bebauungsplan Nr. 02/001
– Elektrofachmärkte Metrostraße und Werdener Straße –
Verfahren gemäß § 13 BauGB, Stellungnahmen; Änderungen;
Satzung
Berichtersteller: Beigeordneter Dr. Bonin
- 22 Bebauungsplan Nr. 6076/034
– Östlich Heyestraße –
Ergänzendes Verfahren gemäß § 214 BauGB,
Stellungnahmen; Satzung
Berichtersteller: Beigeordneter Dr. Bonin
- 23 Flächennutzungsplanänderung Nr. 142 (Entwurf)
– Südlich Hohenzollernallee –
Stellungnahmen; Plan;
Berichtersteller: Beigeordneter Dr. Bonin
- 24 Bebauungsplan-Entwurf Nr. 5777/056
– Schlüterstraße/Hohenzollern –
Stellungnahmen; Änderungen; Satzung
Berichtersteller: Beigeordneter Dr. Bonin
- 25 Plan Nr. 5576/85
– Innenstadt/Vergnügungsstätten –
Veränderungssperre
Berichtersteller: Beigeordneter Dr. Bonin
- 26 Bebauungsplan-Entwurf Nr. 5282/018
– Niederrheinstraße –
Aufhebungsverfahren
Stellungnahmen; Satzung
Berichtersteller: Beigeordneter Dr. Bonin

Fortsetzung von Seite 15

27 Bebauungsplan-Entwurf Nr. 5282/020
– Niederrheinstraße –
Stellungnahmen; Änderungen und Ergänzungen; Satzung
Berichterstatter: Beigeordneter Dr. Bonin

28 Anträge

- a) Antrag der Ratsfraktion von BÜ90/GRÜ:
Düsseldorf „all inclusive“ – eine Stadt für alle
- b) Antrag der Ratsfraktion von BÜ90/GRÜ:
Durchführung der Elternbefragung zur Abfrage des Bedarfs
einer Sekundarschule
- c) Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE:
Übertragung der Ratssitzungen per Live-Stream

Antrag der Ratsfraktion von BÜ90/GRÜ:
Informationen in Echtzeit – Übertragung der Ratssitzungen
im Internet via Livestream
- d) Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE:
Gebührenfreier Personalausweis für alle
Düsselpass-Berechtigten
- e) Antrag der Ratsfraktion FREIE WÄHLER:
Architekturwettbewerb zwecks Errichtung einer
durchgehenden Promenade am Rheinufer
- f) Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE:
Spitzengehälter in kommunalen Unternehmen begrenzen
- g) Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE:
Keine Datenweitergabe an die Bundeswehr
- h) Antrag der Ratsfraktion von BÜ90/GRÜ:
Rauf aufs Rad in Düsseldorf – gemeinsame Weiterentwicklung
des Radverkehrs
- i) Antrag der Ratsfraktion von BÜ90/GRÜ:
Einrichtung eines Regionalen Energiemanagements

- j) Antrag der SPD-Ratsfraktion:
Schutz der natürlichen Ressourcen
hier: Kein Fracking auf Düsseldorfer Stadtgebiet
- k) Antrag der SPD-Ratsfraktion:
Keine Übertragung der Kindertagesstätte an der
Carl-Friedrich-Goerdeler-Straße in Garath

Dirk Elbers
Oberbürgermeister

**Tagesordnung der nichtöffentlichen Sitzung des Rates
der Landeshauptstadt Düsseldorf
am Donnerstag, 26. April 2012**

- NÖ 1 Anerkennung der Tagesordnung
- NÖ 2 Genehmigung der Niederschrift über die nichtöffentliche Sitzung
am 15.12.2011 (8/2011)
- NÖ 3 Bestellung einer Amtsleitung
Berichterstatter: Stadtdirektor Abrahams
- NÖ 4 Grundstücksangelegenheit
Berichterstatter: Beigeordneter Dr. Bonin

Dirk Elbers
Oberbürgermeister

Öffentliche Sitzungen

Bezirksvertretung 5

Dienstag, 24. April 2012, 16 Uhr
Kaiserswerther Rathaus,
Kaiserswerther Markt 23
Schriftführer: Günther Gläser,
Tel.: 89-93019

Ratssitzung

Donnerstag, 26. April 2012, 14 Uhr
Rathaus, Marktplatz 2, Plenarsaal
Schriftführerin: Simone Schmitt,
Tel.: 89-95609

Bezirksvertretung 10

Dienstag, 24. April 2012, 16 Uhr
Freizeitstätte Garath, Fritz-Erler-Straße 21,
1. OG, Arenasaal
Schriftführer: Wolfgang Gierling,
Tel.: 89-97543

**Ausschuss für öffentliche
Einrichtungen**

Freitag, 27. April 2012, 15 Uhr
Rathaus, Marktplatz 1, EG, Sitzungssaal
Schriftführer: Andreas Luberichs,
Tel.: 89-28888

Bezirksvertretung 4

Mittwoch, 25. April 2012, 15 Uhr
Rathaus Oberkassel, Luegeallee 65,
Raum 309, Sitzungssaal
Schriftführerin: Sabine Wingert,
Tel.: 89-93012

**Wetten, Sie können ein ganzes
Telefonbuch auswendig!**

Die einheitliche Behördenrufnummer 115
erreichen Sie von Mo-Fr von 8-18 Uhr *).
Weitere Informationen unter www.d115.de.

* Festnetzpreise überwiegend 7 Cent, maximal 14 Cent/Aufrufminute
Mobilfunkpreise überwiegend 17 bis 20 Cent, maximal 29 Cent/Aufrufminute

Wir lieben Fragen.

Landeshauptstadt
Düsseldorf

115
IHRE BEHÖRDENNUMMER

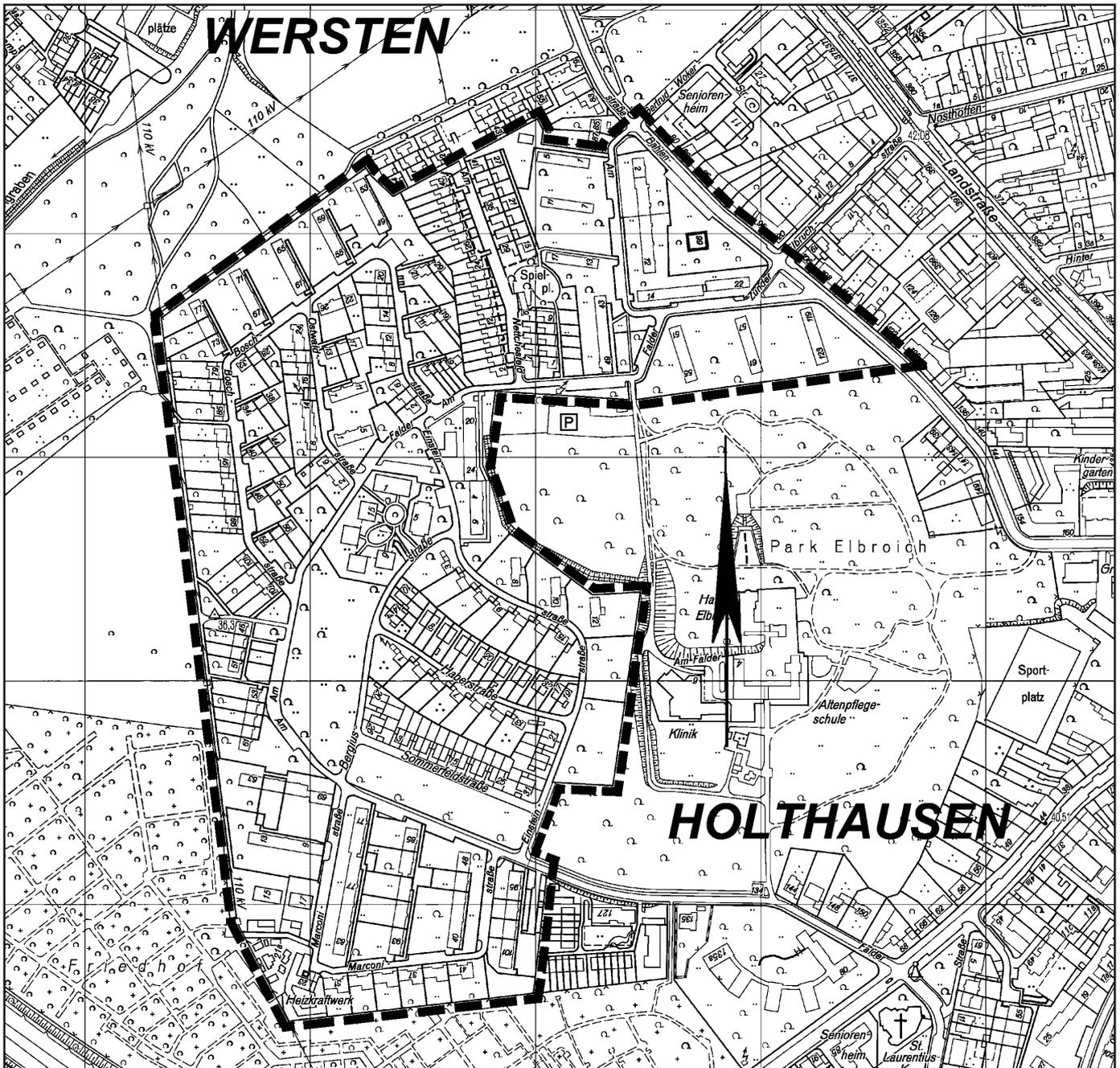
Änderung eines Aufstellungsbeschlusses (vereinfachtes Verfahren)

Aufgrund des § 2 Abs. 1 Satz 2 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), geändert durch das Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes bei der Entwicklung in den Städten und Gemeinden vom 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509) wird bekannt gemacht, dass der Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung in seiner Sitzung am 29.02.2012 beschlossen hat,

seinen am 21.01.2009 gefassten Beschluss zur Änderung des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 5771/15 - Henkelsiedlung - für ein Gebiet westlich der Straße „Am Falder“ zwischen der Bahlenstraße und der Marconistraße hinsichtlich der bisherigen Planungsziele
- Ausweisung von Stellplätzen

durch folgende Planungsziele zu ergänzen:

- Ausweisung von Garagen
- Ausweisung von privaten Grünflächen
- Ausweisung von reinen Wohngebieten (WR) mit zusätzlichen überbaubaren Grundstücksflächen.



(Stadtbezirk 9)

Düsseldorf, 17. April 2012
61/12-B-5771/15

Der Oberbürgermeister
In Vertretung
Dr. Bonin
Beigeordneter

Stadtplanung zur Diskussion

Es ist beabsichtigt, für ein Gebiet westlich der Straße „Am Falder“ zwischen der Bahlenstraße und der Marconistraße den für das Gebiet gültigen Bebauungsplan zu ändern.

Die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung sollen

**am Donnerstag, dem 3. Mai 2012,
Beginn: 19.00 Uhr,
in der Aula der Katholischen Hauptschule,
Iitterstraße 16,**

im Rahmen einer Anhörung der Öffentlichkeit vorgestellt und erörtert werden.

Hierzu sind alle an dieser Planung Interessierten herzlich eingeladen.

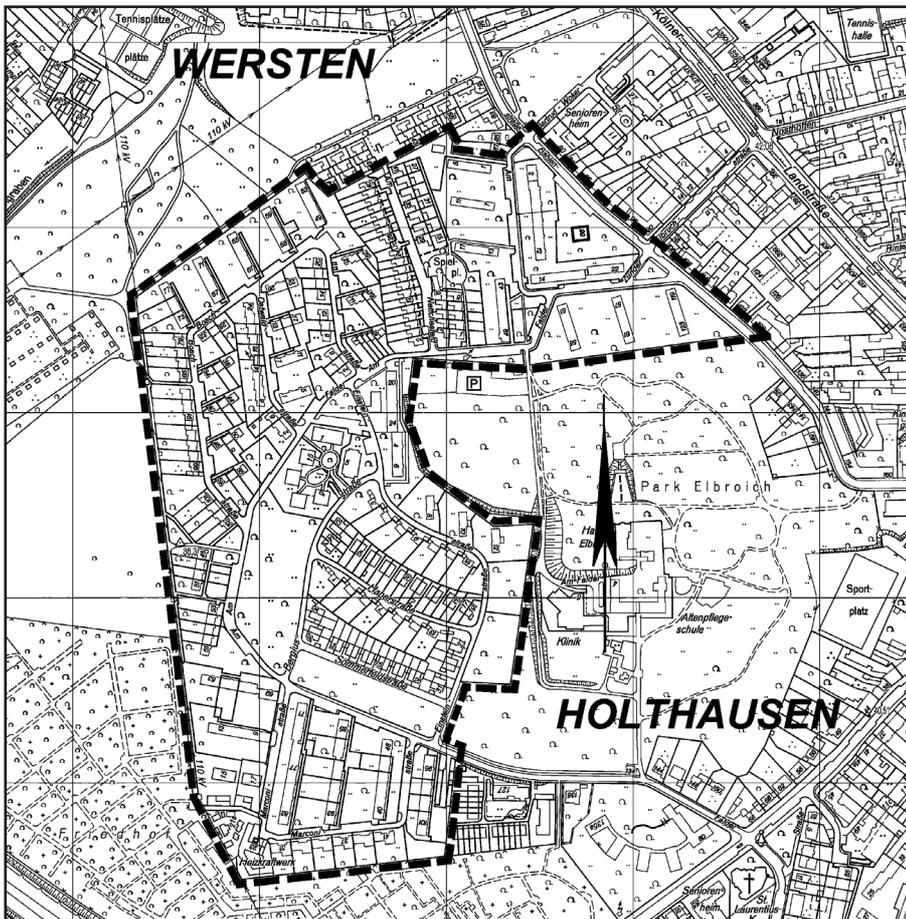
Der v. g. Veranstaltungsort ist durch folgende öffentliche Verkehrsmittel erreichbar:

- Stadtbahnlinien U 74, U 77
- Haltestelle „Holthausen“
- Straßenbahnlinien 701, 713
- Haltestelle „Holthausen“
- Buslinien 724, 789, 835
- Haltestelle „Holthausen“

Ein entsprechender Plan kann vom 23.04.2012 bis einschl. 27.04.2012, sowie am 30.04.2012 und vom 02.05.2012 bis einschl. 04.05.2012 beim Stadtplanungsamt der Landeshauptstadt Düsseldorf, Brinckmannstr. 5, 40225 Düsseldorf, 4. Obergeschoss, während folgender Zeiten eingesehen werden: montags bis donnerstags von 8.30 Uhr bis 15.00 Uhr und freitags von 8.30 Uhr bis 13.00 Uhr.

Das Stadtplanungsamt ist durch die Straßenbahnlinien Nr. 701, 706, 707, 711, 713, 716 - Haltestelle „Auf'm Hennekamp“, die Buslinien Nr. 780, 782, 785 - Haltestelle „Feuerbachstraße“ und die S-Bahnlinien S 1, S 6, S 68 - Haltestelle „D-Volksgarten“ erreichbar.

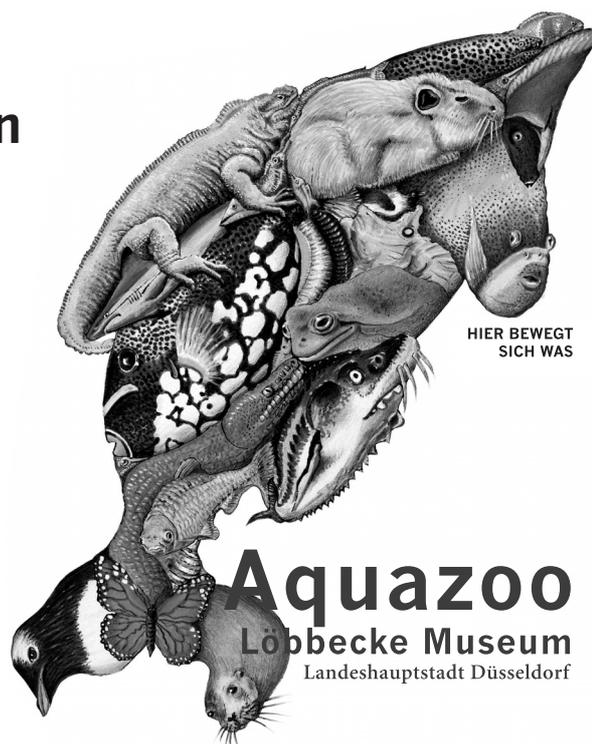
Landeshauptstadt Düsseldorf
Der Oberbürgermeister
Stadtplanungsamt



(Stadtbezirk 9)



1001 Facetten



HIER BEWEGT
SICH WAS

Aquazoo
Löbbecke Museum
Landeshauptstadt Düsseldorf

www.duesseldorf.de/aquazoo · Kaiserswerther Str. 380 · im Nordpark

Aufstellung und Auslegung eines Bebauungsplan-Entwurfes

Aufgrund des § 2 (1) Satz 2 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), geändert durch das Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes bei der Entwicklung in den Städten und Gemeinden vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509) wird bekannt gemacht, dass der Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung in seiner Sitzung am 21.04.2010 für das nachstehende Gebiet die Aufstellung eines Bebauungsplanes gemäß § 2 (1) BauGB beschlossen hat, der vorrangig folgende Planungsziele zur Grundlage haben soll:

Bebauungsplan-Entwurf Nr. 5179/011 - Südwestlich Lotharstraße - Gebiet zwischen der Lotharstraße und der Lütticher Straße

- maßgebend ist die Festsetzung des räumlichen Geltungsbereiches gemäß § 9 (7) BauGB im Bebauungsplan-Entwurf Nr. 5179/011 - Südwestlich Lotharstraße -, der Bestandteil dieses Beschlusses ist, -

- Freirauminformationssystem
- Klimaanalyse Düsseldorf
- Luftreinhaltungsplan Düsseldorf
- Kataster der Altablagerungen und Altstandorte
- Grünordnungsrahmenplan für den Stadtbezirk 4 (07/2005)

Die ausliegenden Unterlagen beinhalten folgende umweltbezogenen Stellungnahmen:

- Schalltechnisches Gutachten
- Grünordnungsplan (GOP III)

Innerhalb dieser Auslegungsfrist können von jedermann Stellungnahmen bei der v. g. Stelle schriftlich oder mündlich zur Niederschrift innerhalb der v.g. Zeiten abgegeben werden.

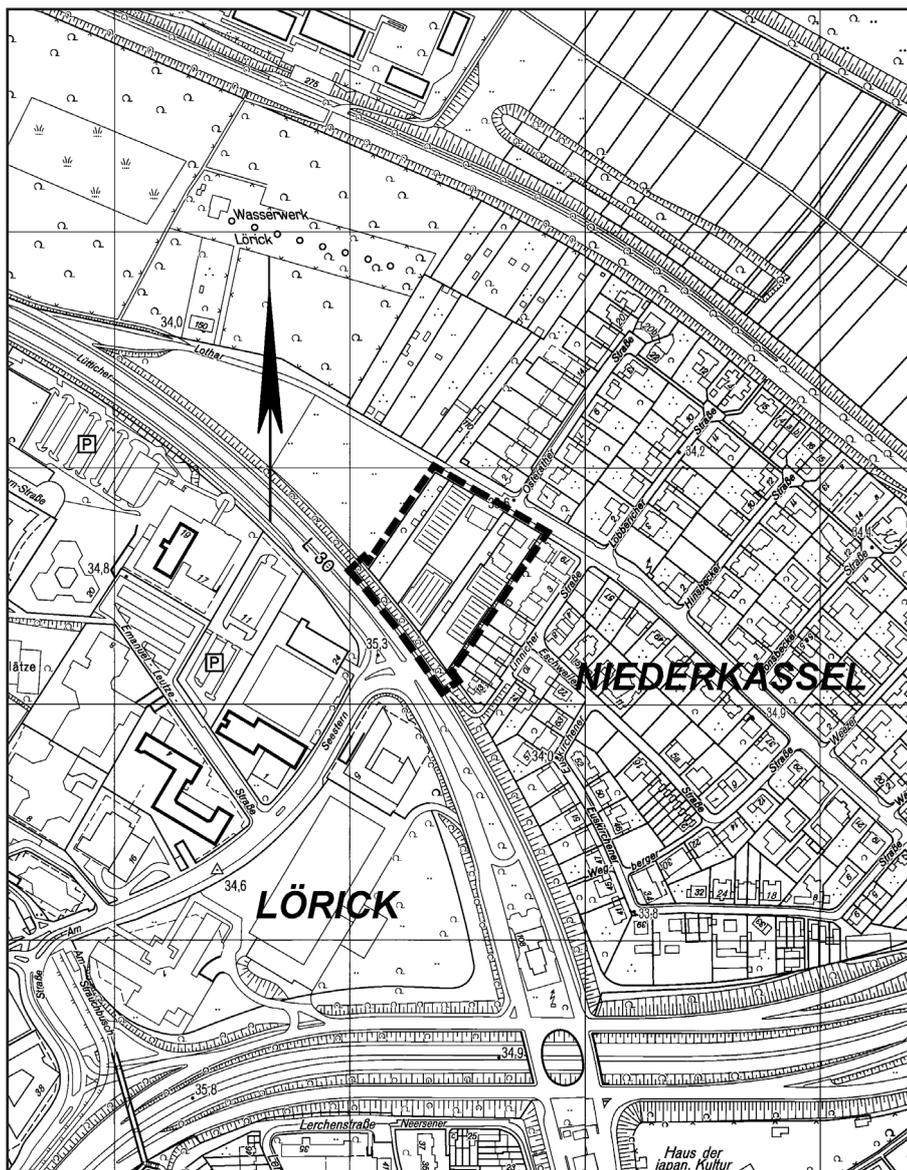
Soweit in den ausliegenden Unterlagen auf weitere Bestimmungen - Gesetze, Verordnungen, Richtlinien, technische Regelwerke o.ä. - Bezug genommen wird, so werden diese zu jedermanns Einsicht bei der v.g. auslegenden Stelle bereitgehalten.

Gemäß § 3 (2) i.V.m. § 4 a (6) BauGB wird darauf hingewiesen, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben können und, bei Aufstellung eines Bebauungsplans, dass ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Das Stadtplanungsamt ist durch die Straßenbahnlinien Nr. 701, 706, 707, 711, 713, 716 - Haltestelle „Auf m Hennekamp“, die Buslinien Nr. 780, 782, 785 - Haltestelle „Feuerbachstraße“ und die S-Bahnlinien S 1, S 6, S 68 - Haltestelle „D-Volksgarten“ erreichbar.

Sofern Stellungnahmen in Form von Unterschriftenlisten eingereicht werden, wird gebeten, einen Beauftragten zu benennen, mit dem der Schriftverkehr geführt werden soll. Abschriften der Ratsentscheidung werden dem Beauftragten in ausreichender Anzahl zur Verfügung gestellt.

Düsseldorf, 11.04.2012
61/12-B-5179/011



(Stadtbezirk 4)

Planungsziele:

- Ausweisung reiner Wohngebiete
- Festsetzung von öffentlichen Verkehrsflächen

In gleicher Sitzung hat der Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung dem Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 5179/011 - Südwestlich Lotharstraße - und seiner Begründung für die öffentliche Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB zugestimmt.

Der vorgenannte Plan mit seiner Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentli-

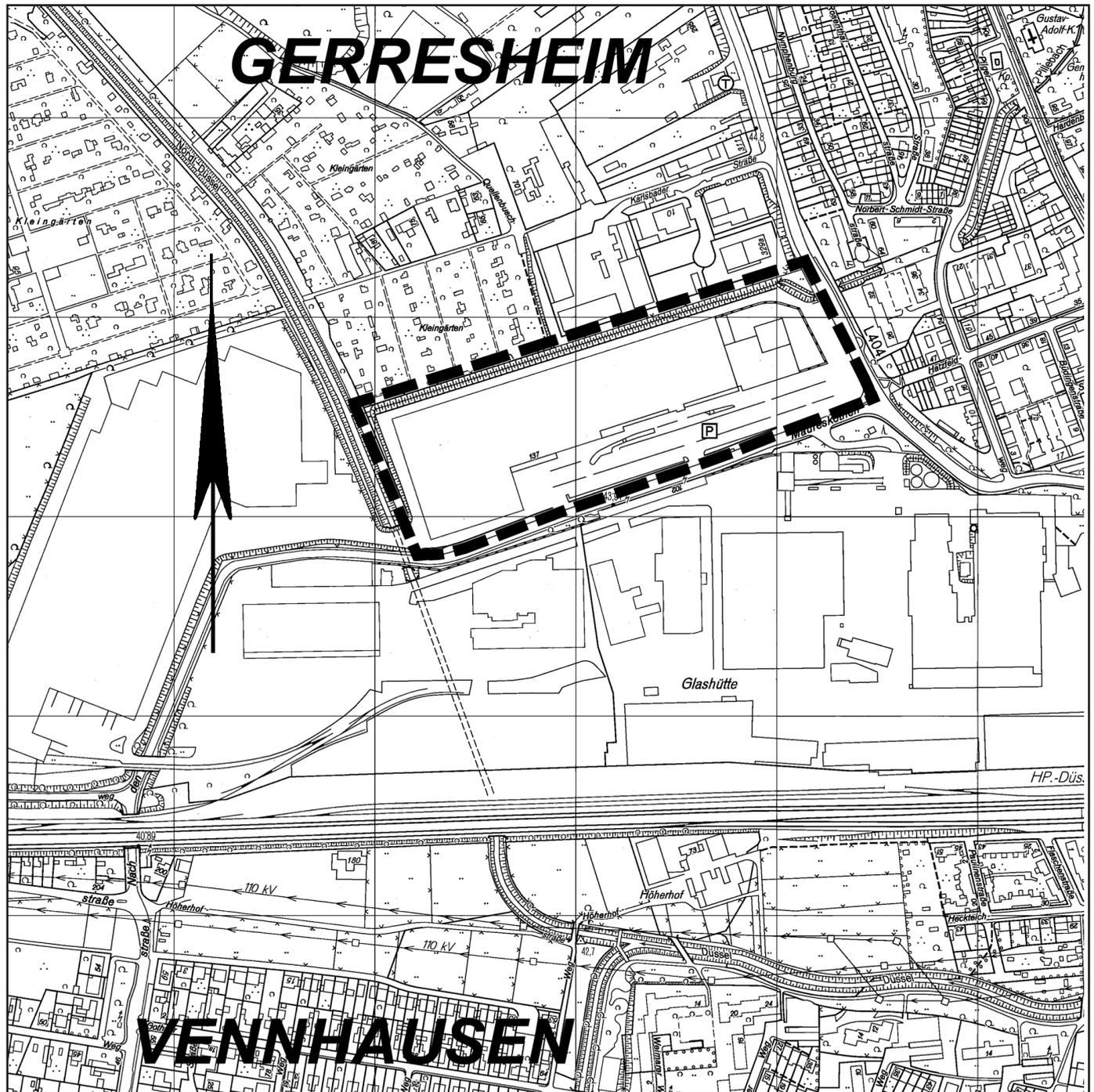
chen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen, liegt gemäß § 3 (2) BauGB in der Zeit vom **02.05.2012** bis einschl. **05.06.2012** beim Stadtplanungsamt, Brinckmannstr. 5, 40225 Düsseldorf, 4. Etage, während der nachfolgend genannten Zeiten zu jedermanns Einsicht aus: montags bis mittwochs von 7.30 Uhr bis 15.00 Uhr; donnerstags von 7.30 Uhr bis 18.00 Uhr; freitags von 7.30 Uhr bis 13.00 Uhr.

Folgende Arten umweltbezogener Informationen sind verfügbar:

Der Oberbürgermeister
In Vertretung
Dr. Bonin
Beigeordneter

Stadtplanung zur Diskussion

Der Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung hat für ein **Gebiet nördlich der Straße „Nach den Mauresköthen“** (Gebiet zwischen der nördlichen Düssel, dem Pillebach, der Torbruchstraße und der Straße „Nach den Mauresköthen“) die Aufstellung eines Bebauungsplanes beschlossen.



(Stadtbezirk 7)

Die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung sollen

**am Mittwoch, dem 25. April 2012,
Beginn: 18.00 Uhr,
im Casino der früheren Gerresheimer Glashütte,
Heyestraße 178**

im Rahmen einer Anhörung der Öffentlichkeit vorgestellt und erörtert werden.

Hierzu sind alle an dieser Planung Interessierten herzlich eingeladen.

Der v. g. Veranstaltungsort ist durch folgende öffentliche Verkehrsmittel erreichbar:

Straßenbahnlinie Nr. 703

Haltestelle Gerresheim S-Bhf
Buslinie Nr. 730, 736, 737 und 781
Haltestelle Gerresheim S-Bhf
S-Bahnlinien Nr. 8, 28 und 68
Haltestelle D.-Gerresheim

Ein entsprechender Plan kann am 23.04. und 24.04. sowie am 26.04. und 27.04. 2012 beim Stadtplanungsamt der Landeshauptstadt Düsseldorf, Brinckmannstr. 5, 40225 Düsseldorf, 4. Obergeschoss, während folgender Zeiten eingesehen werden: montags bis donnerstags von 8.30 Uhr bis 15.00 Uhr und freitags von 8.30 Uhr bis 13.00 Uhr.

Das Stadtplanungsamt ist durch die Straßenbahnlinien Nr. 701, 706, 707, 711, 713, 716 - Haltestelle „Auf'm Hennekamp“, die Buslinien Nr. 780, 782, 785 - Haltestelle „Feuerbachstraße“ und die S-Bahnlinien S 1, S 6, S 68 - Haltestelle „D-Volksgarten“ erreichbar.

Landeshauptstadt Düsseldorf
Der Oberbürgermeister
Stadtplanungsamt

Rathaus MAGAZIN

Aktuelle Themen unserer Stadt:
Transparent und lesenswert



**Kostenlos bei
allen städtischen Dienststellen!**

Herausgeber: Landeshauptstadt Düsseldorf, Der Oberbürgermeister, Amt für Kommunikation
Vertrieb: Martin Kutscha, Telefon: 0211.89-93130, E-Mail: martin.kutscha@duesseldorf.de